

# Das Parlament

Berlin, 01. Februar 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 5-6 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Mahnung für die Gegenwart

Charlotte Knobloch Als „stolze Deutsche“ stehe sie hier als Rednerin zur Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus. „Wir dürfen stolz sein auf unsere Bundesrepublik.“ Aber nicht einen Tag dürfe man vergessen, wie „zerbrechlich die kostbaren Errungenschaften der letzten 76 Jahre“ seien, sagte die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Und sie fügt hinzu: „Passen Sie auf auf unser Land!“ Nach der Überlebenden des Holocaust sprach in der Gedenkstunde vergangene Woche außerdem die Publizistin Marina Weisband als „Repräsentantin der Nachgeborenen, einer Generation von jungen Jüdinnen und Juden, die alle ganz verschieden sind“, wie sie es formulierte (siehe Seite 9 und 12). ahe

## ZAHL DER WOCHE

2.000

Straftaten gegen Juden und jüdische Einrichtungen wurden 2019 in Deutschland verübt. Die bekannteste davon war der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur. Im Jahr 2018 hatte es 1.799 antisemitische Straftaten gegeben.

## ZITAT DER WOCHE

»Unsere kollektive Verantwortung bleibt.«

Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident, warnt vor neuen Formen von Rassismus und Antisemitismus und betont die besondere Verantwortung für jüdisches Leben in Deutschland.

## IN DIESER WOCHE

### INNENPOLITIK

Familie Neue Regelungen zu Elterngeld und Elternzeit Seite 5

Wahlrecht Kandidatenkür trotz Corona-Beschränkungen Seite 6

WIRTSCHAFT UND FINANZEN  
Pkw-Maut Verkehrsminister Scheuer im Untersuchungsausschuss Seite 8

EUROPA UND DIE WELT  
USA Erste Bewährungsproben für Präsident Joe Biden Seite 11

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Impfen für den Aufschwung

WIRTSCHAFT Bundesregierung korrigiert ihre Wachstumsprognose und sichert weitere Hilfen zu

**K**napp 80 Milliarden Euro Hilfsgelder innerhalb eines Jahres, etwa 23 Milliarden Euro Kurzarbeitergeld, dazu perspektivisch 130 Milliarden Euro im Zuge des Konjunkturpakets – solche Summen, gezahlt vom Staat an die Wirtschaft, schienen im hiesigen Politik- und Wirtschaftssystem bislang undenkbar. Doch Corona hat eben nicht nur das Gesundheitssystem, Gesellschaft, Alltag und Wirtschaft durchgerüttelt, sondern auch die Politik mit ihren Grundsätzen. Und so stellt es ein Jahr nach der Ankunft des Virus in Deutschland keinen Widerspruch mehr dar, dass ein CDU-Wirtschaftsminister, der stets die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards betont, Milliardenhilfen für die Wirtschaft als Erfolg verbucht und vermarktet. Das Virus habe die Marktgesetze außer Kraft gesetzt, sagt Peter Altmaier. Da müsse man helfen, auch wenn er selbst „kein Freund staatlicher Intervention“ sei. Ein Unternehmer sei schließlich kein schlechter Unternehmer, wenn er nach Jahren des Gewinnes im Pandemie-Jahr einen Umsatzrückgang verbuchen müsse.

Für den Bundeswirtschaftsminister ist die von politischem Pragmatismus geprägte Strategie ein Grundpfeiler dafür, dass es dem Land vergleichsweise gut geht. „Die Substanz der deutschen Wirtschaft ist intakt“, sagte Altmaier in der vergangenen Woche in einer Regierungserklärung im Bundestag und bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung für das laufende Jahr. Nach dem zweitstärksten Einbruch der Nachkriegszeit im vergangenen Jahr werde das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um drei Prozent wachsen – weniger als bislang prognostiziert, aber immerhin noch ein Wachstum. Die größte Herausforderung sei nach wie vor die Pandemie; Altmaier rechnet mit zusätzlichen Corona-Unterstützungszahlungen von November 2020 bis Juni 2021 von bis zu 50 Milliarden Euro. Deswegen sei es essenziell, die Infektionszahlen zu drücken und das Ausbreiten von Virus-Mutationen zu verhindern. Der Minister gab den Ländern eine Teilschuld, dass sich der Lockdown so lange hinzieht und die Wirtschaft belastet. Hätten einige Regierungschefs frühzeitig mitgezogen, wäre man heute vielleicht schon weiter. „Je schneller die Infektionszahlen zurückgehen, desto schneller kann die Wirtschaft ihr volles Potenzial wieder entfalten.“

**Risiken** Auch FDP-Fraktionschef Christian Lindner griff Altmaier frontal an. „Die Wahrnehmung, die Sie haben, und die Realität im Land klaffen immer weiter auseinander“, warf er dem Minister vor. „Die Schere sollten Sie schließen.“ Das Aussetzen der Insolvenzanztragspflicht oder das Kurzarbeitergeld hielten Unternehmen zwar noch in einer Schwebelage, aber „die verdeckten Risiken in der Deutschland-Bilanz“ würden von Tag zu Tag größer. Die FDP habe ausreichend Vorschläge zu einer Lösung gemacht – unter anderem zum steuerlichen Verlustvortrag. In letzterem Punkt müsse sich allerdings die SPD bewegen, befand Lindner. Insgesamt brauche man eine wachstums- und wirtschaftsfreundliche Politik – ohne höhere Steuern auf Dauer, ohne höhere Steuern. „Das tut Not.“ Am Konjunkturpaket und den Hilfen kritisierte die FDP, dass bislang nur ein Bruchteil abgeflossen sei. Die Auszahlung müsse daher anders organisiert werden – ein entsprechender Antrag der FDP-Fraktion (19/

26194) ist in einer gesonderten Aussprache debattiert und an den Wirtschaftsausschuss überwiesen worden. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums sind bisher etwa 24,5 Milliarden Euro an Corona-Zuschüssen an Unternehmen geflossen. Klaus Ernst (Die Linke) forderte ein Aussetzen der Patentschutz-Regelungen, um das Impfen zu beschleunigen. Sein Fraktionskollege Thomas Lutze griff vor allem den in der vergangenen Woche eingeworfenen Gedanken auf, die Schuldenbremse zumindest etwas zu lösen. „Die schwarze Null ist weder in der Krise noch danach ein geeignetes wirtschaftspolitisches Instrument“, sagte Lutze und appellierte an Altmaier, sich in dieser Frage einen Ruck zu geben und zumindest darüber nachzudenken.

**Digitalisierung** Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter schlug in dieselbe Kerbe. Nach dem Bewältigen der Pandemie stehe der Staat vor weiteren und neuen Herausforderungen – von Klimaschutz bis Digitalisierung. Er müsse mehr investieren, daher habe Braun lediglich den Mut gehabt eine Wahrheit auszusprechen: „Wir werden nach der Corona-Pandemie nicht einfach zur alten Schuldenbremse zurückkehren können“, sagte Hofreiter. Die Schuldenbremse müsse weiterentwickelt werden – hin zu einer Investitionsregel. Die Bundesregierung solle sich bewegen, forderte auch der Grünen-Abgeordnete: „Erst das Land, dann das Partei- oder Fraktionsdogma.“



Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier stellt den Jahreswirtschaftsbericht vor. Die Prognosen setzen auf glimpfliche Pandemie-Folgen.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

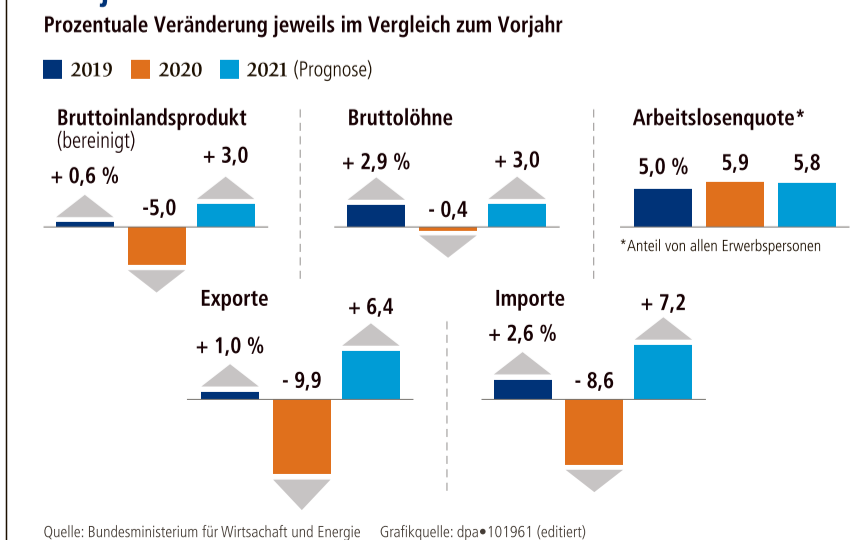
Handeln ebendieser Bundesregierung gar nicht gegeben hätte. Altmaier agiere wie ein Alchimist, warf Kotré dem Minister vor: „Sie verkaufen uns Marktwirtschaft, obwohl immer mehr Planwirtschaft drinsteckt.“ Die Energiewende wolle er als Chance verkaufen, obwohl sie Werte vernichte, fügte er hinzu. Er vermisse ein fundiertes, strukturelles Zukunftskonzept, so der Abgeordnete.

»Die verdeckten Risiken in der Deutschland-Bilanz werden größer.«

Christian Lindner (FDP)

**Exporte** Altmaier bekräftigte im Übrigen seine ablehnende Haltung zu Steuererhöhungen. Er zeigte sich überzeugt, dass die Wirtschaft im kommenden Jahr ihre Vor-Pandemie-Stärke wieder erreicht haben werde. Die Arbeitslosenquote soll dem Jahreswirtschaftsbericht zufolge 2021 leicht auf 5,8 Prozent sinken, die Zahl der Beschäftigten stagnieren. Die Bundesregierung rechnet mit einer deutlich anziehenden Inlandsnachfrage, die Exporte dürften nach dem Zehn-Prozent-Einbruch 2020 um 6,4 Prozent zulegen. Zu diesen Prognosen indes stellt sie in dem Bericht diesen Satz: „Die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin maßgeblich vom Pandemieverlauf und von den Maßnahmen zur Eindämmung beeinflusst.“

## Konjunkturdaten für Deutschland mit Aussicht auf 2021



## EDITORIAL

### Licht und Schatten

VON ALEXANDER HEINRICH

Der Jahreswirtschaftsbericht, den Minister Peter Altmaier (CDU) vergangene Woche vorgelegt hat, enthält für die einen erstaunlich viel Licht, für die anderen vor allem viel Schatten. Da ist zum einen der Befund, dass die deutsche Wirtschaft den Corona-Schock bisher erstaunlich robust weggesteckt haben könnte. Zwar wird das prognostizierte Wachstum von drei Prozent in diesem Jahr noch nicht den Einbruch von fünf Prozent ausgleichen, der 2020 zu verkräften gewesen ist. Gemessen an den weitreichenden Pandemiebeschränkungen, gemessen auch an Auftragslage und Exportaussichten der Industrie, kann man das bisher als glimpfliche konjunkturelle Entwicklung bezeichnen. Andererseits gibt es anhaltende Kritik aus Wirtschaft und Verbänden am Kurs der Bundesregierung, die auch von der Opposition geteilt wird: Schleppende Umsetzung der staatlichen Milliardenhilfen für Unternehmen und zu viel Bürokratie, fehlende Perspektiven für kleine Betriebe und Selbstständige vor allem im Dienstleistungssektor, der besonders unter den Lockdownbeschränkungen zu leiden hat. Die Frage, wie die Corona-Kosten in den kommenden Jahren finanziert werden sollen, brachte vergangene Woche indes nicht Altmaier, sondern Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) ins Spiel. Mit seinen Überlegungen zur Zukunft der Schuldenbremse sorgte er für Irritationen in seiner eigenen Partei unter ihrem soeben gewählten neuen Vorsitzenden Armin Laschet – beansprucht diese doch Haushaltsdisziplin und „schwarze Null“ als einen Markenkern. Die Diskussion verweist darauf, dass alle Parteien bis zur Bundestagswahl im September nicht nur in Sachen Corona-Kosten Farbe bekommen werden müssen. Ob digitale Infrastruktur, Verkehrswege, Dekarbonisierung der Wirtschaft, Bildung, Wohnungsbau: Die Liste der Baustellen ist lang, der Wunsch nach mehr öffentlichen Investitionen groß. Schon 2019, vor Corona, haben Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam mehr Anstrengungen für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands angemahnt und ein Investitionspaket in Höhe von einer 450 Milliarden Euro innerhalb der nächsten zehn Jahre gefordert. An der Beantwortung der Frage, wie solche Herausforderungen gestemmt werden, sei es durch neue Schulden, sei es durch höhere Steuern oder sei es durch Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt, kommen die Parteien im Wahljahr nicht vorbei.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

HELFFEN DIE CORONA-GELDER DER WIRTSCHAFT?

Überzogene Kritik

PRO



Julia Löhr, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

K napp ein Jahr ist es her, seit Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) ihre „Bazooka“ ausgepackt haben. Im März versprachen sie der Wirtschaft angesichts der heraufziehenden Corona-Krise größtmögliche Unterstützung. Doch weil erst ein kleiner Teil der bereitgestellten Milliarden ausgezahlt ist, wächst der Unmut. Die Bundesregierung habe versagt, so der Tenor. Erst stürze sie Unternehmen in Existenznöte, dann fließe die versprochene Hilfe nicht. Doch die Kritik ist überzogen. Mehr als 13 Milliarden Euro Soforthilfe haben die Unternehmen im vergangenen Frühjahr vom Bund erhalten. Die November- und Dezemberhilfe ist noch großzügiger angelegt. Mit dem 75-prozentigen Umsatzersatz dürfte mancher am Ende mehr in der Kasse haben, als er ohne Schließung hätte erwirtschaften können. Erst kürzlich hat die EU-Kommission auch Zuschüsse von mehr als vier Millionen Euro erlaubt. Davon profitieren größere Unternehmen, die zuvor zurecht kritisiert hatten, zu kurz gekommen zu sein. Beim aktuellen Hilfsprogramm, der Überbrückungshilfe III, wurde der monatliche Höchstbetrag auf 1,5 Millionen Euro verdreifacht. Kein Zweifel, das Geld fließt nicht so schnell und unbürokratisch wie zu Beginn der Krise. Doch so konnte es im Interesse der Steuerzahler, die das alles bezahlen müssen, auch nicht weitergehen. Klar ist auch: Der Staat kann nicht alle pandemiebedingten Verluste ausgleichen. Einige Betriebe, die schon zuvor kaum Reserven hatten, werden Corona nicht überstehen. Es wäre gut gewesen, Altmaier und Scholz hätten neben ihrer Bazooka-Rhetorik auch darauf hingewiesen. So haben sie Erwartungen geweckt, die sie nur zum Teil erfüllen können.

Eine Wasserpistole

CONTRA



Thomas Sigmund, »Handelsblatt«, Düsseldorf

Die Novemberhilfe wird im Februar ausgezahlt. Das sagt schon viel darüber aus, ob die Corona-Hilfen der Wirtschaft helfen. Vollmundig kündigt die Bundesregierung finanzielle Hilfen etwa für die Gastronomie an, die dann nur spärlich oder gar nicht ankommen. Da fließt oft im Mittelstand eben nicht, was vormals gesunde Unternehmen in existenzielle Not bringt. Klüger wäre gewesen, die steuerliche Verlustberechnung bis ins zurückliegende Geschäftsjahr 2017 zu ermöglichen. Das wäre unbürokratisch über die Finanzämter gegangen und sachgerecht gewesen. Man entschied sich aber für einen anderen Weg. Der Bund überlässt die Auszahlung der Hilfen den 16 Ländern und schon ist das Chaos perfekt. Die Bazooka erweist sich als Wasserpistole mit Ladehemmung. Bei Konzernen wie Lufthansa und TUI wurde dagegen in die Vollen gegangen. Vor allem beim Reisekonzern TUI ist nicht ausgemacht, ob der Staat in ein Zombie-Unternehmen investiert. Der Konkurrent Thomas Cook ging schon vor der Pandemie pleite. Jetzt mag TUI ein etwas pfiffigeres Geschäftsmodell haben, kämpft aber im Kern mit ähnlichen strukturellen Problem wie sein früherer Wettbewerber. Nach Corona wird sich zeigen, ob der Bund schlechtem Geld nicht auch noch gutes Geld hinterhergeworfen hat. Eines ist allerdings sicher. Vor allem die großen Rettungsmaßnahmen reißen riesige Löcher in die öffentlichen Haushalte. Schultern dürfen das dann wieder die kleine und mittleren Unternehmen und die Leistungsträger. Sie müssen befürchten, dass die kommende Regierung, gleich welcher Farbe, an der Steuerschraube dreht. Da gilt allerdings der Spruch der Handwerker: Nach fest kommt ab.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Poschmann, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht für 2020 laut Jahreswirtschaftsbericht von einem Minus von fünf Prozent statt der ursprünglich angenommenen 6,5 Prozent aus. Also alles nicht so schlimm? Minus fünf Prozent ist besser als Minus 6,5. Aber natürlich ist nicht alles gut, auch wenn wir im europäischen Vergleich ganz gut dastehen. Zur Einordnung hilft vielleicht der Vergleich zum Einbruch 2009 als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Damals war es ein Minus von 5,7 Prozent, aus dem wir uns auch wieder befreit haben. Ich bin optimistisch, dass wir relativ schnell wieder auf das Vor-Krisenniveau kommen. Nach dem ersten Lockdown 2020 hat sich die Wirtschaft auch relativ schnell erholt.

Für 2021 gehen die Bundesregierung von einem Wachstum von drei Prozent aus – während im Herbst noch von 4,4 Prozent die Rede war. Mit welcher Entwicklung rechnen Sie? Das ist von so vielen Parametern abhängig, die man heute noch nicht einschätzen kann. Wie ist die Entwicklung der Infektionszahlen? Wie entwickelt sich die Mutation? Was können wir mit dem Impfen erreichen? Dazu kann heute keine eindeutige Antworten geben.

Von Beginn der Krise an hat die Bundesregierung sehr viele Steuergelder eingesetzt, um die wirtschaftlichen Folgen abzumildern. Irgendwann werden aber die Regelungen zum Kurzarbeitergeld und zur Insolvenzaussetzung auslaufen. Drohen dann Pleitewellen und ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen? Wir haben ein soziales Netz gespannt, was Sicherheit für die Arbeitnehmer aber auch die Unternehmen bietet. Ich bin auch hier optimistisch, dass nach Überwindung der Krise die Arbeitnehmer wieder regulär arbeiten können. Unternehmensinsolvenzen wird es geben. Aber nicht in dem Umfang wie Skeptiker befürchten. Wenn die Wirtschaft wieder anläuft, gibt es einen großen Konsumnachholbedarf bei den Menschen.

Die Händler in den Innenstädten, die ohnehin unter Druck standen, und in der Krise nicht so abgedrückt wurden wie etwa Gastronomen – halten die durch? Meine Prognose ist, dass der Großteil durchhalten wird. Großhändler und Markenhersteller sind hier, wie ich höre, durchaus bereit, Waren zurückzunehmen und so zu unterstützen. In den Überbrückungshilfen gibt es ja auch die Regelung, das verderbliche Waren und Saisonware als Fixkosten angerechnet und so erstattet werden können. Das ist eine starke Hilfestellung für den Handel.

Dennoch werden die Corona-Hilfen für den Mittelstand vielfach als bürokratisch empfunden. Wie sehen Sie als Mittelstandsbeauftragter der SPD das? Ich habe Verständnis für die Unternehmen, deren Liquidität zu Ende geht, wenn sie sich wünschen, dass die Hilfen schon nach ein paar Mausclicks kommen. Aber man muss schon schauen, dass diese Steuergelder auch bei den Richtigen ankommen. Daher sind die Anträge etwas umfangreicher, um möglichst viele Einzelfälle abdecken zu können.

Auch weil sonst mit Missbrauch zu rechnen wäre? Ja, in der ersten Phase des Lockdown hat sich gezeigt, dass Soforthilfen – wenn auch nur zu einem sehr kleinen Teil – zu Unrecht kassiert wurden. Noch zur Ergänzung zur vorherigen Frage: Die Anträge werden ja vielfach von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern bearbeitet, die sich mit so etwas auskennen.

»Die Gelder fließen«

SABINE POSCHMANN Die SPD-Abgeordnete ist optimistisch, dass sich die Wirtschaft relativ schnell wieder erholt



Susie Knoll/Benno Kraehen

Solo-Selbstständige haben aber oft keinen Steuerberater... In dem Bereich sind die Anträge ja auch einfacher gehalten. Ich will aber durchaus mal deutlich machen, dass Aussagen in der Presse oder im Netz, wonach Antragsteller noch keinen Cent erhalten hätten, nicht zutreffend sind. Von den November- und Dezemberhilfen sind Abschläge gezahlt worden. Die Überbrückungshilfe II, die bis Dezember gilt, ist zu mehr als 90 Prozent fix abgerechnet. Die Gelder fließen – wenn auch mit Zeitverzug.

Sie werden wohl auch weiter fließen müssen, denn die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten haben den Lockdown unlangst erneut verlängert und noch verschärft. Richtig so? Solange wir diese Zahlen bei den Inzidenzen haben, müssen wir noch durchhalten...

...aber die Zahlen gehen doch gerade runter? Ja, aber sie sind dennoch so hoch, dass Krankenhäuser überlastet sind. Die sinkenden Zahlen zeigen aber auch, dass die ge-

troffenen Maßnahmen Sinn machen. Das stimmt mich hoffnungsvoll. Noch nicht abschätzbar ist, wie sich die Mutationen entwickeln werden und wie wir mit dem Impfen vorankommen.

Sie zählen also nicht zu denen, die für Lockerungen ab Mitte Februar plädieren? Klar würde ich mir das wünschen. Aber im Moment schätze ich es als unwahrscheinlich ein, dass dann alles geöffnet wird.

Vielleicht nicht alles, aber doch zumindest die Schulen. Schließlich gibt es schon seit Jahren die Einschätzung von ausbildenden Betrieben, dass die Qualität der Bewerber nachlässt und angesichts dessen Ausbildungsstellen nicht besetzt werden können. Ein weitestgehend ausgefallenes Schuljahr dürfte die Situation sicher nicht verbessern. In den Schulen wurde ein großer Schritt hin zu mehr Digitalisierung geschafft. Gerade für Schüler in den weiterführenden Schulen kann das ein Vorteil sein, weil auch das Wirtschaftsleben digital ist. Anders sieht es bei Grundschulen aus. Hier sollte noch im Februar der Schulbesuch im Wechselunterricht ermöglicht werden.

Der Termin für die Entscheidung über das weitere Vorgehen in Sachen Lockdown wurde zuletzt auf Initiative des Kanzleramtes vorverlegt – in eine Nicht-Sitzungswoche des Bundestags. Etwa um das Parlament leichter umgehen zu können? Diesen Zusammenhang kann ich nicht erkennen. Es war eher so, dass die Entwicklung der Pandemie den dringenden Handlungsbedarf erforderlich gemacht hat.

In den Fokus ist seit der letzten Lockdown-Verlängerung die Ansteckungsgefahr während der Arbeit geraten, was zu einer verstärkten Forderung nach mehr Home-Office führt. Auf vielen Verwaltungsebenen scheint das aber nicht möglich, weil die technischen Voraussetzungen fehlen. Ist dem so? Dass es in einzelnen Verwaltungen in Sachen Digitalisierung noch einiges zu tun gibt, kann man sicherlich nicht leugnen. Im Bereich der Bundestagsverwaltung ist hingegen viel möglich. Bei mir im Büro wurde die ohnehin vorhandene Möglichkeit des Home-Office nochmals ausgeweitet. Es ist schon richtig, Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen, damit sie Home-Office anbieten.

Frau Poschmann, die Krise kostet viel Geld und führt zu einer hohen Verschuldung des Bundes und der Länder. Kommt der Corona-Soli oder eine Corona-Steuer? Das ist im Moment schwierig einzuschätzen, weil wir nicht wissen, welche Summen für die Krisenbewältigung noch benötigt werden. Wir haben in Deutschland dank einer vorsichtigen Finanzpolitik eigentlich eine gute Ausgangslage. Bei einem guten Wachstum müssen wir eventuell gar nicht über Steuererhöhungen nachdenken.

Das Gespräch führte Götz Hausding. Sabine Poschmann ist seit 2013 Abgeordnete im Bundestag und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Seit 2014 ist sie Mittelstandsbeauftragte der SPD-Fraktion.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Unternehmer: Reinhard Houben

Über den Jahreswirtschaftsbericht, den er heute auf den Tisch kriegt hat, kann Reinhard Houben nicht viel sagen. Es ist Mittwoch vergangener Woche. „Wenn Sie zu Beginn einer Sitzung 150 Seiten erhalten, ist die Vorbereitung auf Fragen an den Bundeswirtschaftsminister etwas schwierig“, sagt der FDP-Abgeordnete und lächelt leicht grimmig. Die Regierungsfractionen, vermutet er, hätten den Bericht sicher schon in seiner Entstehung gesehen. „Das ist ein übliches Geschäft“, beschreibt er den Umgang mit der Opposition, „das muss man sportlich sehen“. Er überlegt einen Moment. „Sauer aufstoßen tut es aber schon.“ Seit 2017 sitzt der Kölner Houben, 60, im Bundestag, ist wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Dass Peter Altmaier, der CDU-Minister im Wirtschaftsressort, die Herbst-Prognose des Wirtschaftswachstums von 4,4 Prozent für 2021 nun auf drei Prozent senkt, ist für Houben keine Überraschung, „aber eine ehrliche Vorhersage kann man sowieso nicht machen, jede weitere Woche Lockdown bedeutet einen Rückgang“. Houbens Aufgabe besteht darin, der Regierung kritisch auf die Finger zu schauen. Altmaiers Wirtschaftspolitik im Schatten der Pandemie bescheinigt er, es fehle nicht an Geld, „wohl aber an einer klaren, nachvollziehbaren Strategie“. Steuerberater würden angesichts sich ändernder Rahmenbedingungen und der Vielzahl an Hilfen von ungenauen Formulierungen berichten, von Widersprüchen. „Wir brauchen mehr Empathie für die Betroffenen.“ Houben ist Oppositionspolitiker, und er weiß, wovon er spricht. Der Betriebswirtschaftler hat ein Jahr nach Studienabschluss

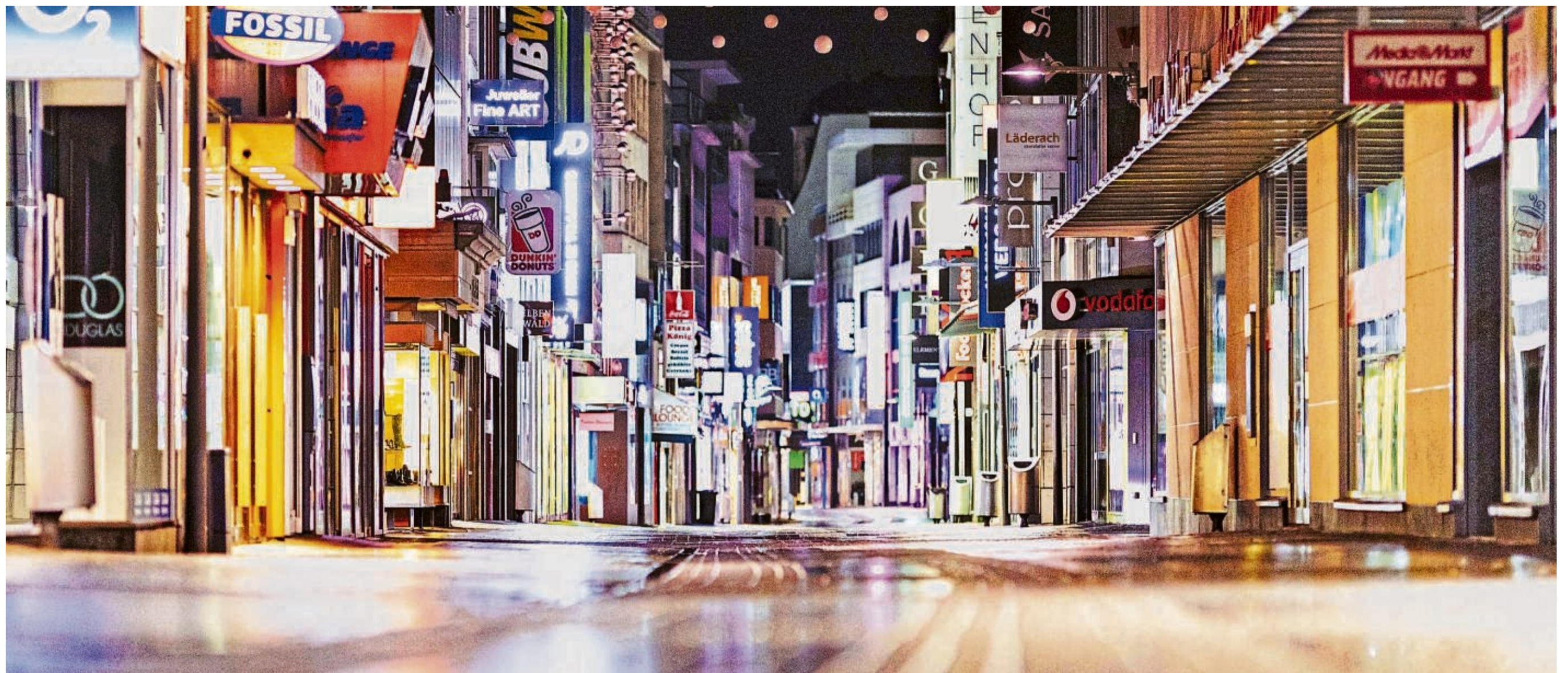


»Eine ehrliche Wachstumsvorhersage kann man sowieso nicht machen, jede weitere Woche Lockdown bedeutet einen Rückgang.«

Er vergrößerte den Aufgabenbereich und gründete dann seine eigene Firma für Werkzeuge und Lichttechnik. Der Gedanke an die Verbeamtung als Lehrer war da längst verworfen. Als jüngstes von vier Kindern habe er oft die Ohren gespitzt, wenn am Esstisch über Politik diskutiert wurde, und das wurde es reichlich. „Meine Eltern wählten auch ab und zu FDP“, sagt er, „gleichwohl mein Vater mehr zur CDU tendierte und meine

Mutter mehr zur SPD“. Houben Junior begann sein politisches Engagement als Klassensprecher und erinnert sich genau, wie er, da war er zwölf, vor der Bundestagswahl 1972, für 50 Pfennig seines Taschengelds einen Button mit „Willy wählen“ kaufte – ein Statement für Kanzler Willy Brandt von der SPD; „ich hatte das Gefühl, wir brauchen einen Ausgleich mit den östlichen Nachbarn“. In die FDP trat er nach seinem Studium ein, saß für sie sechs Jahre später im Rat der Stadt Köln, bis 1994. Damals war die FDP mit 3,5 Prozent abgestraft worden. 1999 zog sie wieder ein – ohne Houben, der ein Jahr später Vorsitzender des Kreisverbands wurde. Ein Mandat strebte er nicht an, sah sein politisches Engagement ehrenamtlich. „Damals hatten wir zwei kleine Kinder, es gab die Firma zu leiten, und ein Haus hatten wir auch gerade gekauft.“ 2009 erwischte es ihn dann doch, eher ungewollt: Immer hatte er in Köln auf wenig aussichtsreichen Listenplätzen kandidiert, und nun stand er auf Nummer 12. Die Liberalen kamen mit neun Mandaten in den Rat, doch ein Gewählter nahm die Wahl nicht an, ein zweiter wechselte nach Berlin und ein dritter nahm ein Mandat in der Landschaftsversammlung Rheinland an, „da musste ich ran“. Seinen Sitz hatte er dann bis 2017 inne. „Meine Lebensplanung sah den Bundestag nicht vor“, sagt er. „Aber die Partei wollte sich breit aufstellen – mit einem mittelständischen Unternehmer“. Das war dann er. Seitdem pendelt er zwischen Köln und Berlin. Und die Firma hat seit 2020 einen neuen Prokuristen: Seinen Sohn Burkhard. Jan Rübel

DasParlament logo, contact information, subscription details, and editorial board members.



Deutschland im Lockdown: Wie hier in Köln ist republikweit die Geschäftswelt weitgehend geschlossen.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Christoph Hardt

# Im Schatten der Krise

**WIRTSCHAFT** Die meisten Unternehmen leiden unter dem Lockdown – doch manche kennen nur Wachstum

Der Weg zum Aufbruch der deutschen Wirtschaft führt entlang einer Straße aus dickem Pflaster. Zweistöckige Arbeiterreihen Häuser mit grauem Putz ducken sich vorm Industriegelände, hier in Berlin-Reinickendorf. Eine verblasste Frakturschrift auf der Ziegelsteinhauswand erzählt von Zeiten, in denen im Quartier ein Industrieriez schlug. Heute aber verliert sich der Besucher einsam in der Zone, ein Hinweisschild verweist auf „Brewbox“, eine Brauerei für Kaffee und Bier in Dosen, und auf einen „Anti-Drogen-Verein“. Eine unscheinbare Hallentür öffnet sich. Aus ihr dringt Maschinenlärm, stanzendes Stakkato einer Boom-Branche in Zeiten der Pandemie: Die Produktion von FFP2-Masken, „Made in Germany“.

»Hätten wir hier 50 Maschinen, würden die alle laufen.«

Robert Erdinc, Produzent von FFP2-Masken

Thomas Gitzel, Chefvolkswirt der VP Bank, gegenüber der „Tagesschau“. Die Nachfrage nach deutschen Autos steige dort, während auch Maschinenbauer mit ihren Produkten gefragt seien. „Einmal mehr zeigt sich: Geht es China gut, profitiert Deutschland.“ Die Brüder Erdinc produzieren hauptsächlich für den deutschen Markt, erhalten aber bereits Anfragen aus dem Ausland. Robert Erdinc ist eigentlich Händler für Edelmetalle, sein Bruder Goldschmied und der andere Immobilienmakler. Ist das die perfekte Voraussetzung für einen Senkrechtstart in der Industrie? „Man kann sich ja reinlesen“, lacht Erdinc. Im vergangenen März habe er per WhatsApp ein Angebot zum Kauf von 300.000 Masken erhalten, zeitgleich fragte jemand seinen Bruder nach Masken. „So wurden wir auf das Thema aufmerksam.“

Lange suchten sie nach einem passenden Maschinenbauer, „wir fanden ihn dann vor unserer Haustür“, die Firma Jonas & Redmann aus Treptow-Köpenick. Vier Rollen des Feingewebes zieht sich die eigens konstruierte Maschine heran, schiebt zunächst den Nasenbügel ein. Dann stanzt sie die Maskenform aus dem Stoff. Ein paar Zentimeter danach kommt ein Aufdruck, danach werden Ohrenbügel angebracht, während ein Scanner die Sym-

metrie der Produkte prüft. Endlich werden die Masken rausgeschneitten, noch einmal gesammelt – nun fallen sie in einen Karton, das ist der ganze Prozess entlang von zehn Metern. Angestellte tragen sie zu einer zweiten Maschine, wo die Masken einzeln verpackt werden; nur am Ende, zum Abpacken in die Endkartons greift wieder Menschenhand ein. Die rasant wachsende Firma entwickelt mit Jonas & Redmann die Maschinen systematisch weiter. „Nur über Automatisierung können wir preislich mit Asien mithalten.“

**Staatshilfen** Für ihre Unternehmung haben die Erdinc keine Förderung in Anspruch genommen. Aber der Staat hat tief in die Tasche gegriffen, um die pandemiebedingten Einschränkungen abzufedern. Für 2021 schätzt das Bundesfinanzministerium 74 Milliarden Euro Mehrausgaben für den Bund, 27,3 Milliarden Euro bei den Ländern und Kommunen sowie 2,8 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungen. Die Hilfspakete werden von Bürgschaften flankiert, von denen der Bund 765,5 Milliarden Euro übernimmt und die Länder 69,8 Milliarden Euro. Insgesamt stehen so 1,455 Billionen Euro bereit – rund 42 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts vom Jahr 2019.

Ökonomen prognostizieren für die Dienstleistungsbranche eine Aufholjagd, sobald alle Einschränkungen fallen. Das heißt: Der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt, der kurz vor dem zweiten Lockdown be-

gann und dann in eine verschärfte Winterpause geriet, wird erst irgendwann in diesem Jahr wieder an Fahrt gewinnen. Einzelne Branchen dagegen zeigen sich unbeeindruckt: Textilwirtschaft und Möbelhersteller melden erste positive Zahlen, und das Baugewerbe sowie das Handwerk leiden ohnehin unter Fachkräftemangel.

Für viele Unternehmer heißt es aber nur noch Durchhalten. Vor allem die Gastronomie hat eine lange Durststrecke hinter sich – und eine ungewisse Zukunft vor sich. In Berlin liegt die Oranienburger Straße, ansonsten ein Hotspot sich verlustierender Berliner und Touristen samt Bars, Kneipen und Restaurants, an diesem Freitagabend dunkel da, als habe ein einziger Vorhang sie zugezogen. Allein ein Licht funkelt, trotz aus einem Laden heraus; lediglich die zwischen den Tischen abgestellte Vespa erinnert daran, dass keine Gäste erwartet werden. Doch im Restaurant „Vino e Basilico“ steht ein Koch vor Pfannen und rührt ein Kalbsragout in die fertigen Paccheri-Nudeln. Den Besucher begrüßen in L-Form aufgestellte Weinflaschen auf zusammengeschobenen Tischen. „Im März, als wir alle geschlossen, kam es mir vor wie in einem schlechten Film“, erinnert sich Küchenchef Lorian Mura. Im

»Mit dem Take Away finanzieren wir den Wareneinsatz.«

Lorian Mura, Gastronom

September 2016 hatten er und Manager Francesco Comi eröffnet – beide hatten vorher gemeinsam jahrelang im „Bocca di Bacco“ gearbeitet, einem Edelrestaurant der Hauptstadt. „Wir wollten etwas Eigenes aufziehen, das mehr zu unserer Persönlichkeit passt, das familiärer ist.“ Erfolg stellte sich rasch ein, Stammkundschaft bildete sich. Doch dann kamen die Lockdowns Nummer Eins und Zwei. Die Stammkunden blieben. Holen ihr bestelltes Essen selbst ab – oder lassen es sich über einen Lieferdienst bringen. 40 bis 60 Gerichte am Tag, „mit dem Take Away finanzieren wir den Wareneinsatz“, sagt Comi und setzt sich an einen Tisch.

Die Staatshilfen für November und Dezember finden sie großzügig, es handelt sich um 75 Prozent der Umsätze aus dem Vergleichszeitraum des Vorjahres, nur warten sie noch auf den Zahlungseingang. „Ich habe heute zehnmal nachgeschaut, ob das Geld da ist“, sagt Comi. Er schweigt für einen Moment. „Wir fühlen uns nicht allein, es ist aber die schwierigste Zeit meines Lebens.“ Die Miete wird ihnen derzeit gestundet. Da ist der Staat, aber da sind auch die Leute, die reinkommen, wenn auch nur kurz. „Es ist eine starke Verbindung“, sagt Mura. „Wir brauchen den Kontakt.“ Man

verstet, dass er es nicht nur materiell meint.

**Kurzarbeit** Im Lockdown machen die beiden einfach weiter. Sind jeden Tag im Lokal, „wir arbeiten jetzt mit 20 bis 30 Prozent des eigentlichen Personals – der Rest ist in Kurzarbeit“. Und dann planen sie etwas Verrücktes. In dieser Zeit, in der Läden schließen, wollen sie einen zweiten öffnen, eine Weinbar in der Nähe. „Die Idee war immer da“, sagt Mura. „Wir warteten nur auf die richtige Location.“ Und so wird gerade gebaut, „nächste Woche soll die Bar fertig eingerichtet sein, das gibt uns innere Kraft, nach vorn zu schauen.“ In der Küche wartet ein Blech voller Schoko-Crumbles für Desserts auf ihren Einsatz. Koch Gian Luca Calogero hat die Paccheri längst verpackt und von einem Fahrradkurier abholen lassen, nun rührt er ein wenig untätig in der Gemüsebrühe fürs Risotto. Nicht viel los heute. Da klingelt es sanft von einem auf der Theke aufgestellten Tablet – eine Bestellung trudelt rein, Mura und Comi springen beide auf, dann noch ein Klingelton und noch einer. Vorbei für einen Moment die Sorgen, die Gedanken nun fixiert auf das, was gerade gemacht werden muss: Trüffel reiben für die Tagliatelle und Speck anbraten, für die Orecchiette mit Radicchio-Salat. „Zwei Minuten“, ruft Calogero Mura zu, der die Transportgeschichten vorbereitet. In der aufkommenden Hektik liegt eine gewaltige Ruhe.

Jan Rüböl

## Schöne neue Arbeitswelt

**HEIMARBEIT** So viel Homeoffice wie möglich wünscht sich die Politik – dabei offenbart sich oft, wie stark die Digitalisierung verschlafen wurde

Seit dem 27. Januar hat der Arbeitgeber die Pflicht, Homeoffice anzubieten „wenn keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen“ – ein großer Schritt nach Monaten der Appelle, den Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) mit der bis zum 15. März befristet geltenden SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung geht. Er ist von der Hoffnung getragen, dass noch mehr Wege vermieden und weiter Kontakte verringert werden. Was zwingende betriebliche Gründe sind, variiert je nach Branche stark und unter Kontrolle bei der Einhaltung der Regeln seien nur „stichprobenartig“ möglich, hieß es aus dem Ministerium.

**Bewegungsdaten** Vor allem in den Städten war Kritik an vollen Bussen und Bahnen, Fabrikhallen und Großraumbüros laut geworden. Der Hashtag #MachtBüro-Zu mit Horrorgeschichten aus Gesundheitsämtern und Kreisverwaltungen plapperte Mitte Januar im Sozialen Netzwerk Twitter über mehrere Tage auf. Aber auch die Bewegungsdaten zeigten, dass die starken Kontaktbeschränkungen im Privatleben sich weniger auf die (Arbeits-)Mobilität der Menschen auswirkten. Während im April 2020 noch 27 Prozent der Beschäftigten „ausschließlich oder überwiegend“ von zu-

hause aus arbeiteten, sank der Anteil bis November 2020 wieder auf 14 Prozent – trotz des sogenannten „Lockdown Light“ und der Appelle an die Arbeitgeber, mehr Heimarbeit zu ermöglichen. Dabei könne nach Simulationen vom Institut zur Zukunft der Arbeit und der Universität Bonn die Erhöhung der Homeoffice-Quote um zehn Prozent dazu führen, dass die Neuinfectionen Ende Februar um rund 27 Pro-

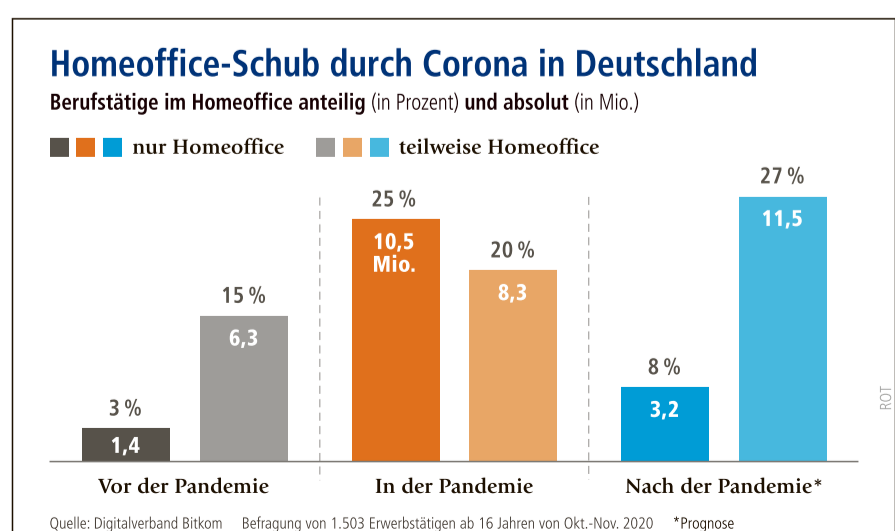
zent niedriger lägen. Zum Vergleich: Schul- und Kita-Schließungen machen dem Simulationsmodell nach eine Verringerung der Zahlen um etwa zehn Prozent aus. Erst im Dezember-Lockdown zeigte sich laut Daten des Robert-Koch-Instituts wieder, dass so wenige Menschen wie im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 unterwegs waren – auch, weil über die Feiertage weniger Menschen zur Arbeit mussten.

Nach Angaben des Münchner ifo-Instituts käme Homeoffice für rund 56 Prozent der Arbeitsplätze in Betracht. Aktuell arbeitet einer repräsentativen Studie des Digitalverbands Bitkom zufolge jeder Vierte ausschließlich im Homeoffice (siehe Grafik). Das entspricht 10,5 Millionen Berufstätigen. Weitere 8,3 Millionen Arbeitnehmer könnten zumindest teilweise von Zuhause aus arbeiten. Der Verband geht davon aus, dass Homeoffice in Zukunft nicht weiter die Ausnahme bleibt: „Die Corona-Krise hat gezeigt, dass flexibles Arbeiten die Qualität der Arbeitsergebnisse nicht schmälert – im Gegenteil“, sagte Bitkom-Präsident Achim Berg. Aber: Das setze „einen tiefgreifenden Kulturwandel in der Arbeitswelt voraus“, so Berg.

**Kritik an Pflicht** Die Vorgaben für mehr Homeoffice seien „inakzeptabel“, hieß es hingegen von Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall. Er betonte, dass die Einführung einer Homeoffice-Pflicht unter dem Corona-Vorwand ein massiver Eingriff über den Verordnungsweg sei. „Die Argumente gegen eine Homeoffice-Pflicht sind bekannt und werden durch das Virus nicht beseitigt“, sagte Zander. Auch DGB-Chef

Rainer Hoffmann sprach von „Klärungsbedarf“ beim Thema und betonte, dass Homeoffice nicht zur allgemeinen Pflicht werden dürfe. Auch viele Ämter sind nicht in der Lage, die neuen Vorgaben fürs Homeoffice umzusetzen. Während die Homeoffice-Quote bei den Bundesministerien laut einer Umfrage der Nachrichtenagentur dpa bei etwa 80 Prozent liegt, sinkt die Quote, je mehr lokal die Behörde ist. Dort kann teilweise weniger als die Hälfte der Mitarbeiter im Innendienst von Zuhause aus arbeiten. Die Gründe sind alt bekannt: Lieferengpässe bei Arbeitsgeräten, fehlende digitale Akten und Arbeitsabläufe. Ein „erstes Versäumnis“ nennt Arbeitsminister Heil das und hält dennoch am Prinzip Hoffnung fest: „Natürlich können wir jetzt nicht in wenigen Tagen nachholen, was jahrelang bei der Digitalisierung verschlafen wurde. Aber was machbar ist, muss jetzt gemacht werden.“

Lisa Brübler



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Frühen: Je nach Geburtstermin verlängert sich der Bezug des Basiselterngeldes um bis zu vier Monate.

© picture-alliance/SZ Photo/Florian Peljak

# »Nicht der große Wurf«

**ELTERNGELD** Bundestag beschließt Verlängerung bei Frühgeburten und flexiblere Teilzeitmodelle

**E**itern von Frühen werden zukünftig länger Elterngeld beziehen können und die Möglichkeiten für eine Teilzeitarbeit während der Elternzeit werden flexibler. Dies sind die Kernpunkte der Reform des Bundeseltern- und Elternzeitgesetzes, die der Bundestag am vergangenen Freitag in zweiter und dritter Lesung beschlossen hat. Den entsprechenden Gesetzesentwurf (19/24438) von Familienministerin Franziska Giffey (SPD) verabschiedete das Parlament in der durch den Familienausschuss geänderten Fassung (19/26242) mit den Stimmen der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion gegen das Votum der AfD-Fraktion. Die Fraktionen der FDP, Linken und Bündnis/Die Grünen enthielten sich der Stimme. Mehrheitlich abgelehnt wurden hingegen eine Reihe von Anträgen und Entschließungsanträgen der Oppositionsfraktionen, denen das Reformvorhaben nicht weit genug geht. Von den Änderungen an Giffey's Gesetzesentwurf durch den Familienausschuss profitieren vor allem die Eltern von Frühen. War ursprünglich lediglich eine Verlängerung

**»Große Baustellen erfordern große Bagger.«**  
Katrin Werner (Die Linke)

des Elterngeldbezugs bei Frühgeburten um lediglich pauschal einen Monat vorgesehen, entschieden sich die Familienpolitiker im Ausschuss für ein vierstufiges Modell: Demnach verlängert sich der Bezug des Basiselterngeldes um einen auf 13 Monate bei einer Geburt mindestens sechs Wochen vor dem errechneten Entbindungstermin, bei mindestens acht Wochen auf 14 Monate, bei zwölf Wochen auf 15 Monate und bei 16 Wochen auf 16 Monate. Mit dem entsprechenden Änderungsantrag von Union und Sozialdemokraten, den der Familienausschuss mit Ausnahme der AfD geschlossen angenommen hatte, war den Wünschen verschiedener Familienverbände in einer Anhörung entsprochen worden. Frühgeburten seien für die Eltern eine „riesige Herausforderung“, betonte Stefan Schwartze (SPD). Deshalb freue er sich besonders, dass es gelungen sei, während der Ausschussberatungen noch einmal Verbesserungen zu erzielen. Zudem werden mit der Gesetzesnovelle die Regelungen für Teilzeitbeschäftigten während der Elternzeit großzügiger gestaltet. Diese sehen vor, dass die derzeit er-

laubte wöchentliche Arbeitszeit von 30 auf 32 Stunden angehoben wird. Zudem soll der Partnerschaftsbonus, der die parallele Teilzeit beider Elternteile ermöglicht, künftig mit 24 bis 32 Wochenstunden statt 25 bis 30 Wochenstunden bezogen werden können. Damit würden die bereits sehr unterschiedlichen Modelle des Elterngeldes weiter flexibilisiert, sagte die stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Nadine Schön (CDU). Auch wenn die Oppositionsfraktionen die Änderungen prinzipiell begrüßten, sparten sie nicht mit Kritik an der Gesetzesvorlage. Sie sei eben „nicht der große Wurf“, monierte nicht nur der AfD-Familienpolitiker Johannes Huber. Auch aus den Reihen von FDP, Linken und Grüne wurde die Forderung nach weiteren Reformen am Elterngeld laut. Große Baustellen erforderten große Bagger, aber Ministerin Giffey sitze nur mit einem Schaufelchen im Sandkasten, befand Katrin Werner, familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

**Mindestbetrag** Übereinstimmend sprachen sich alle Oppositionsfraktionen für eine Anhebung der Mindest- und Höchstbeträge beim Elterngeld aus. Diese seien seit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 nicht angepasst worden. Nur mit einer Erhöhung könne allen Familien eine finanzielle Sicherheit geboten werde, führ-

te AfD-Mann Huber aus. Auch die Familienverbände hatten sich für eine Anhebung ausgesprochen.

**Pflegeeltern** Ebenso auf der Wunschliste steht die Öffnung des Elterngeldes für Pflegeeltern. Diese könnten zwar Elterngeld in Anspruch nehmen, aber nur bei Kleinkindern und nicht bei älteren Kindern, führte Ekin Deligöz (Grüne) aus. Aber gerade bei

der Aufnahme eines älteren Kindes bräuchten Eltern Zeit und Raum in dieser schwierigen Situation. Die FDP wiederum will die Zahl der Partnermonate von zwei auf drei erhöht wissen. Zudem soll der Bezug des Elterngeldes während der Corona-Pandemie verlängert werden, wenn sich die Aufnahme eines Kindes in eine Kita wegen deren Schließung verschiebt. Die Grünen wiederum plädieren für eine 24-monatige „KinderzeitPlus“.

**Finanzierung** Der CDU-Familienpolitiker Maik Beermann räumte ein, dass man über eine Erhöhung des Mindestbetrages beim Elterngeld diskutieren müsse und „das werden wir in der kommenden Legislaturperiode sicherlich auch tun.“ Zugleich wies er darauf hin, dass das Gesetzespaket ohne zusätzlichen Haushaltsmittel allein aus dem Etat des Familienministeriums erwirtschaftet werden müsse. Finanziert werden sollen die Änderungen durch eine Senkung der Einkommensgrenze für den Bezug des Elterngeldes von 500.000 auf 300.000 Euro. Nach Angaben der Regierung betrifft die Regelung etwa 7.000 der Elterngeldbezieher. Dies entspricht einem Anteil von rund 0,4 Prozent. Die Einkommensgrenze für Alleinerziehende soll unverändert bei 250.000 Euro liegen. *Alexander Weinlein* ||

**> STICHWORT**

**Elterngeld und Elternzeit**

**> Höchst- und Mindestbetrag** Je nach Einkommen beträgt das Basiselterngeld als Lohnersatzleistung zwischen 300 und 1.800 Euro im Monat und das ElterngeldPlus zwischen 150 Euro und 900 Euro im Monat.

**> Bezugsdauer** Einem Elternteil stehen zwölf Monate Basiselterngeld zu, einem Paar zusammen 14 Monate. Alleinerziehende haben ebenfalls 14 Monate Anspruch. Wenn Eltern während der Elternzeit in Teilzeit arbeiten wollen, können sie ElterngeldPlus beantragen. Dies kann doppelt so lange bezogen werden wie das Basiselterngeld.

**KURZ NOTIERT**

**Linke fordert Reform der Arbeitslosenversicherung**

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche einen Antrag (19/24691) der Linken zur Reform der Arbeitslosenversicherung an die Ausschüsse überwiesen. In dem Antrag fordern die Abgeordneten, die Arbeitslosenversicherung für Selbstständige so zu reformieren, dass Beitragsbemessung und Leistung sich an deren tatsächlichem Einkommen orientieren. Zudem sollen Möglichkeiten geprüft werden, um einerseits eine Überlastung kleiner Unternehmen und Solo-Selbstständiger durch den Versicherungsbeitrag zu verhindern und andererseits die Auftraggeber in einem Umfang am Versicherungsbeitrag zu beteiligen, der im Wesentlichen dem Arbeitgeberanteil entspricht. *che* ||

**AfD: Bekämpfung von Viel- und Kinderehen**

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, verstärkt gegen Vielehen und gegen Kinderehen in Deutschland vorzugehen. Die entsprechenden Anträge (19/22705, 19/22706) überwies der Bundestag am vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse. In einem dritten Antrag (19/22704), der ebenfalls überwiesen wurde, fordert sie einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Meldepflicht für Ärzte bei Gesundheits- und Jugendämtern für Fälle von weiblicher Genitalverstümmelung. Ärzte seien dafür von ihrer Schweigepflicht zu entbinden. *aw* ||

**FDP: Mehr Chancengleichheit für Frauen**

Um mehr Chancengleichheit für Frauen zu erreichen, fordert die FDP-Fraktion Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik, dem Steuersystem und in der Altersvorsorge. Aus der Corona-Krise müssten Lehren gezogen werden, heißt es in dem entsprechenden Antrag (19/26187), der in die Ausschüsse überwiesen wurde. Es müssten Standards geschaffen werden für die Vereinbarkeit von Familien- und Sorgearbeit. *aw* ||

**Linke: Strafverfolgung digitaler Gewalt gegen Frauen**

Nach dem Willen der Linksfraktion sollen „besondere Zuständigkeiten für die Strafverfolgung der digitalen Gewalt geschaffen werden“, etwa durch Spezialdezernenten und Staatsanwaltschaften mit entsprechender technischer Ausstattung und Ermittlungskompetenzen. Auch Frauen-, Mädchen- und LSBTIQ-Gewaltberatungsstellen und Frauenhäuser müssten mit mehr Personal mit spezifischen Kompetenzen und technischer Infrastruktur für den zeitgemäßen Schutz der Daten ausgestattet werden, heißt es in dem Antrag (19/25351), der in die Ausschüsse überwiesen wurde. *aw* ||

**KZ-Gedenkstättenbesuche in der Sekundarstufe I**

Die Fraktion Die Linke fordert, die Qualität und Dauer pädagogisch begleiteter KZ-Gedenkstättenbesuche zu erweitern und als Bildungsmaßnahme in der schulischen Sekundarstufe I zu stärken. Der Antrag (19/26169) wurde in die Ausschüsse überwiesen. *aw* ||

# Mehr Kontrolle und mehr Beratung

**FAMILIE** Im zweiten Anlauf will die große Koalition eine Reform der Kinder- und Jugendhilfe umsetzen

In der vergangenen Legislaturperiode war der Versuch für eine Reform der Kinder- und Jugendhilfe noch gescheitert. Am vergangenen Freitag war der Bundestag nun bereit, über den von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) eingebrachten Gesetzesentwurf (19/26107) zu debattieren, um das politische Vorhaben in einem zweiten Anlauf zu realisieren. Mit dem sogenannten Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) sollen zum einen Kinder und Jugendliche in Heimen und Pflegefamilien oder in belastenden Lebensverhältnissen besser geschützt und unterstützt werden. Zum anderen soll die Kinder- und Jugendhilfe konsequent inklusiv gestaltet und alle Hilfen für junge Menschen mit oder ohne Behinderung im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) angesiedelt werden. Zudem sollen mehr Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und deren Eltern geschaffen werden. Der familienpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Marcus Weinberg (CDU), betonte, welche Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe zukommt. In den 35 Minuten der Debatte im Bundestag würden durchschnittlich drei Kinder in Deutschland die Erfahrung von Gewalt oder Missbrauch machen. Sie bräuchten die „Unterstützung durch den Nachtwächterstaat“. Weinberg

lobte Giffey für den Gesetzesentwurf. Allerdings kündigte er Nachbesserungsbedarf an. So müsse über das Problem der Obdachlosigkeit von Jugendlichen – unter ihnen 6.000 Minderjährige – gesprochen werden. Norbert Müller, jugendpolitischer Sprecher der Linksfraktion, griff Weinbergs Ausführung direkt auf. Er freue sich, dass der Unionsabgeordnete darüber jetzt im Ausschuss verhandeln wolle. Schließlich habe die Union die Anträge der Linken zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit von Jugendlichen abgelehnt. Konkret sieht das Gesetz eine strengere Aufsicht und Kontrolle von Einrichtungen und Auslandsmaßnahmen vor. Zudem soll die Kooperation zwischen der Kinder- und Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen, den Strafverfolgungsbehörden und der Justiz verbessert werden. Deutlich verringert werden soll die Kostenbeteiligung junger Menschen, die sich in vollstationärer Betreuung in einer Pflegefamilie oder einer Einrichtung leben. Musssten sie bislang gemäß des SGB VIII 75 Prozent ihres Einkommens aus einer Ausbil-

dung oder einem Nebenjob an das Jugendamt für ihre Betreuungskosten abführen, sollen dies in Zukunft nur noch 25 Prozent gehen. Der Opposition geht diese Regelung jedoch nicht weit genug. Übereinstimmend forderten FDP, Linke und Grüne, auf die Kostenbeteiligung ganz zu verzichten. Die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Katja Suding argumentierte, dass die Kostenbeteiligung in zweifacher Hinsicht keinen Sinn ergebe. Auf die betroffenen Jugendlichen wirke sie demotivierend, zum anderen würde sie bei einer Senkung auf 25 Prozent nicht einmal die Bürokratiekosten decken, um sie einzutreiben. „Die Kostenbeteiligung muss weg“, forderte Suding. Den entsprechenden Antrag ihrer Fraktion (19/26158) überwies der Bundestag zusammen mit dem Gesetzesentwurf zur weiteren Beratung in den Familienausschuss. Mit der Gesetzesnovelle sollen in den kommenden sieben Jahren zudem alle Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung stufenweise im SGB VIII gebündelt werden. Prinzipiell soll die Inklusion als Leitgedanke in der Kinder- und Jugendhil-

fe verankert werden. Die SPD-Familienpolitikerin Ulrike Bahr bezeichnete dies als eine „wesentliche Säule“ der Reform. In Deutschland lebten etwa 360.000 Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung. Sie bräuchten unbürokratische und bedarfsgerechte Hilfen „aus einer Hand“. An dieser Stelle entzündete sich die Hauptkritik der AfD-Fraktion. Deren Familienpolitiker Johannes Huber monierte, die Familienministerin wolle bei Kindern mit Behinderung „ihre Ideologie der Inklusion“ durchsetzen. Inklusion könne zwar richtig sein, aber Behinderte benötigten Hilfe in einer spezialisierten Form. „Wir brauchen mehr Spezialisierung statt Gleichmacherei“, forderte Huber. Die Grünen-Familienpolitikerin Ekin Deligöz begrüßte den inklusiven Ansatz des Gesetzes hingegen ausdrücklich. Zugleich monierte sie allerdings, dass die Funktion der ab 2024 vorgesehenen Verfahrensinstanzen bei den Jugendämtern als Ansprechpartner für Eltern „völlig vage“ sei. Das Gesetz müsse konkreter formuliert werden. *aw* ||

**»Die Kostenbeteiligung ist demotivierend. Sie muss weg.«**  
Katja Suding (FDP)

Anzeige

## Nationalstaatlichkeit revisited

**150 Jahre Nationalstaatlichkeit in Deutschland**  
Essays, Reflexionen, Kontroversen  
Herausgegeben von Prof. Dr. Tilman Mayer  
2021, 338 S., brosch., 49,- €  
ISBN 978-3-8487-6952-0  
In deutscher und englischer Sprache

Der Nationalstaat ist ein ausgezeichnetes Beispiel für den Formenwandel in der Politik. Seine Aktualität wie seinen historischen Werdegang in Deutschland exemplarisch darzustellen, ist der Zweck des Bandes. Es soll vor allem ein Anstoß gegeben werden, sich dieser ganzen Epoche zu widmen. Namhafte Autoren haben sich an dem Projekt beteiligt.

**Nomos** nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

















Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

## Unsere kollektive Verantwortung bleibt



Wolfgang Schäuble (\*1942)  
Bundestagspräsident

Herr Bundespräsident!  
Frau Bundeskanzlerin!  
Herr Bundesratspräsident!  
Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts!  
Exzellenzen!  
Sehr geehrte Frau Knobloch!  
Sehr geehrte Frau Weisband!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Verehrte Gäste!

Juden lebten am Rhein, lange bevor es Deutschland gab. Ihre Geschichte ist Teil der deutschen Geschichte – aller ihrer Kapitel. Der hellen wie der dunkelsten.

Das erste Zeugnis jüdischen Lebens nördlich der Alpen entstand vor 1 700 Jahren. Es ist eine Urkunde des römischen Kaisers Konstantin aus dem Jahr 321, der Juden zur Mitarbeit im Kölner Stadtrat berechnete – und verpflichtete.

Wir machen uns in diesem Jubiläumsjahr bewusst, wie vielfältig 1 700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland sind. Juden forschten und dichteten hier, arbeiteten im Handel, im Handwerk, in der Kunst und Musik, als Anwälte oder Ärzte. Sie kämpften für Deutschland im Krieg. Juden wirkten an Fürstenthöfen und mussten in Ghettos wohnen. Sie lebten ihren Glauben orthodox oder liberal, für alle sichtbar oder versteckt. Im 19. Jahrhundert bekannten sich einige deutsche Juden zum Zionismus. Weit mehr identifizierten sich mit Deutschland.

Die deutsch-jüdische Geschichte

ist eine Geschichte der Widersprüche. Sie erzählt vom alltäglichen Miteinander und von Spannungen mit der nichtjüdischen Umgebung. Sie kennt Phasen der Toleranz und Zeiten der Ausgrenzung, Wellen der Verfolgung genauso wie Erfolge in Kunst und Kultur, in Wissenschaft und Wirtschaft.

Und sie kennt ein Menschheitsverbrechen: den Versuch, die jüdische Geschichte nicht nur aus der deutschen, sondern aus der Weltgeschichte zu tilgen.

Die Nationalsozialisten steigerten, von vielen anderen Deutschen unterstützt oder geduldet, den Antisemitismus in nie Dagewesenes: Sie sprachen Juden das Mensch-Sein ab. Und begründeten so ihre rassenideologische, staatlich organisierte Vernichtung jüdischen Lebens. In Deutschland und in den Ländern Europas, die Deutschland im Krieg besetzte.

Allein 1 Million Juden wurden in den Lagern von Auschwitz-Birkenau ermordet. Heute vor 76 Jahren befreite die Rote Armee Auschwitz – das Konzentrations- und Vernichtungslager ist zum Sinnbild für den nationalsozialistischen Terror geworden, dem viele Millionen Menschen zum Opfer fielen. Menschen, die entrechtet, ihrer Würde, ihres Besitzes und schließlich ihres Lebens beraubt wurden.

Wir gedenken alljährlich am 27. Januar aller dieser Opfer des Nationalsozialismus – in diesem Jahr unter den Bedingungen der Coronapandemie. Viele Gäste,

die wir gern bei uns gehabt hätten – unter ihnen Überlebende der Konzentrationslager –, können die Gedenkstunde leider nur aus der Ferne verfolgen. Aber Sie sollen alle wissen: Wir sind in Gedanken auch bei Ihnen, gerade heute an diesem besonderen Tag.

Wir gedenken der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der slawischen Völker, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Kriegsgefangenen und aller

dem Hungertod Ausgelieferten. Wir erinnern an die aus politischen Gründen oder religiösen Motiven Verfolgten und Ermordeten. An diejenigen, die sich mutig dem NS-Regime widersetzen, die ihre Menschlichkeit bewahrten und das mit dem Leben bezahlten. Wir erinnern an das Leid von Homosexuellen, an die Menschen mit Behinderungen und an das Schicksal der als „Asoziale“ Ausgestoßenen. Und wir verneigen uns vor jedem Einzelnen.

Wir denken auch an die Nachkommen der Ermordeten und Überlebenden, die bis heute mit den Traumata der Vergangenheit konfrontiert sind.

Nach der Shoah erschien jüdisches Leben in Deutschland unmöglich, sogar als Verrat. Wer in Deutschland überlebt hatte, dem war die alte Heimat fremd und unerträglich geworden. Und wenn die Nachkriegswirren nach Deutschland zwangen, den zog es meist so schnell wie möglich weiter: in die Vereinigten Staaten oder nach Palästina, später Israel.

Charlotte Knobloch hat in Deutschland überlebt, und sie ist geblieben. Nach vielen, teils mühevollen Jahrzehnten hat sie ihre alte Heimat wiedergefunden. Als Vertreterin der jüdischen Gemeinden hat sie mitgeholfen, ein neues deutsch-jüdisches Selbstbewusstsein aufzubauen. Dem Deutschen Bundestag ist es eine große Ehre, dass Sie, sehr geehrte Frau Knobloch, im Rahmen dieser Gedenkstunde zu uns sprechen.

Heute gibt es wieder ein vielfältiges deutsch-jüdisches Leben. Ein unglaubliches Glück für unser Land, das wir uns immer wieder neu verdienen müssen. Wir verdanken es auch den vielen jüdischen Zuwanderern, die sich bewusst für Deutschland entschieden haben. Ausgerechnet für Deutschland! Die meisten Zuwanderer kamen in den 90er-Jahren aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Auch aus Israel oder

aus den Vereinigten Staaten kamen Juden, mal für kürzere, mal für längere Zeit. Die Zuwanderer haben neue Familiengeschichten mitgebracht. Und neue Erwartungen an unser Land.

Marina Weisbands Familie stammt aus der Ukraine. Sie selbst kam als Kind nach Deutschland. Wir haben sie als eine Vertreterin der vielstimmigen Generation junger deutscher Juden eingeladen. Ich freue mich, Frau Weisband, dass Sie der Einladung des Deutschen Bundestages gefolgt sind und im Anschluss an Frau Knobloch über Ihre Erfahrungen sprechen werden. Ihnen beiden gilt der Dank des ganzen Hauses.

Sie stehen für unterschiedliche Generationen.

Während die eine unter der verdrängten deutschen Schuld gelitten hat, verwahrt sich die jüngere Generation deutscher Juden dagegen, ausschließlich in eine Opferrolle gedrängt zu werden. Junge Juden wollen als selbstverständlicher Teil einer vielfältigen deutschen Gegenwart leben – und wahrgenommen werden. Dennoch ringen viele von ihnen mit der Unmöglichkeit, aus dem Schatten der Vergangenheit zu treten. Das Leid ihrer Eltern und Großeltern hat auch ihr Leben geprägt – und prägt es noch immer.

Die Geschichte ist gegenwärtig. Für die Nachfahren der Überlebenden. Und für alle anderen Deutschen. Sie geht uns alle an!

An Gedenktagen wird stets Verantwortung angemahnt. Aber werden wir ihr auch gerecht? Auch bei uns zeigen sich Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wieder offen, hemmungslos – auch gewaltbereit.

Jüdische Einrichtungen müssen von der Polizei geschützt werden. Juden verstecken ihre Kippa, verschweigen ihre Identität. In Halle entkam die jüdische Gemeinde nur durch einen Zufall einem mörderischen Anschlag. Und nach Jahrzehnten der Zuwanderung denken deutsche Juden über Auswanderung nach.

Das beschämt uns! Es ist niederschmetternd, eingestehen zu müssen: Unsere Erinnerungskultur

schützt nicht vor einer dreisten Umdeutung oder sogar Leugnung der Geschichte. Und sie schützt auch nicht vor neuen Formen des Rassismus und des Antisemitismus, wie sie sich auf Schulhöfen, in Internetforen oder in Verschwörungstheorien verbreiten.

Als Bundespräsident Roman Herzog vor 25 Jahren den 27. Januar zum Gedenktag erklärte, verband er damit „die Hoffnung, ... Formen des Erinnerns [zu] finden, die zuverlässig in die Zukunft wirken.“ Was für Herzog eine Hoffnung war, ist heute dringende Notwendigkeit. Wir müssen die Formen des Erinnerns erneuern. Unsere kollektive Verantwortung bleibt. Sie schließt auch nachfolgende Generationen ein. Und Deutsche, deren Familien erst nach dem Nationalsozialismus nach Deutschland gekommen sind. Machen wir uns bewusst: Es steht das Selbstverständnis unseres Landes auf dem Spiel!

Wir erneuern heute unsere Verpflichtung gegenüber dem deutschen Judentum in einer besonderen Zeremonie. Die Repräsentanten unseres Staates werden zum Abschluss der heutigen Gedenkstunde die Patenschaft für die restaurierte Torarolle der einstigen jüdischen Gemeinde von Sulzbach übernehmen. Ein jüdischer Schreiber wird die letzten Buchstaben der Tora im Andachtsraum des Deutschen Bundestags vollenden. Zum zweiten Mal.

Die Torarolle entstand im Jahr 1793. In ihrer über 200-jährigen Geschichte hat sie immer wieder Gefahren überstanden: erst einen Stadtbrand und schließlich sogar

den Vernichtungswillen der Nationalsozialisten. Die Juden wurden zwar bereits 1934 aus Sulzbach vertrieben und die Torarolle in die benachbarte Amberger Gemeinde gebracht. Der Gemeindevorsteher

aber wurde 1938 vor dem bevorstehenden Pogrom gewarnt und wandte sich an den Leiter des Heimatmuseums, der die Torarolle dort versteckte und vor der Schändung bewahrte.

Nach dem Krieg wurde sie der Amberger Gemeinde zurückgegeben, geriet aber in Vergessenheit.

**Machen wir uns bewusst: Es steht das Selbstverständnis unseres Landes auf dem Spiel!**

**Heute gibt es wieder ein vielfältiges deutsch-jüdisches Leben.**

Bis Rabbiner Elias Dray sie vor wenigen Jahren in der dortigen Synagoge wiederfand. Nach ihrer heutigen Vollendung wird er im Gottesdienst wieder aus ihr lesen. Sie ist die Verbindung der Amberger Gemeinde zur langen Geschichte der Juden in der Region.

Die Sulzbacher Torarolle steht also dafür, dass 1 700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland nicht zu Ende sind.

Um die Gleichberechtigung des Judentums auszudrücken, ist es seit dem 19. Jahrhundert üblich, dass unter den Paten einer Tora-

rolle auch nichtjüdische Amtsträger sind, von Bürgermeistern bis zu Staatsoberhäuptern. In diese Tradition reihen sich heute die Repräsentanten unseres Staates ein.

Wir verpflichten uns damit, jüdisches Leben in Deutschland vor Angriffen zu schützen; die Erinne-

rung an den Zivilisationsbruch der Shoah an die folgenden Generationen weiterzugeben – und die Erinnerung an das reiche deutsch-jüdische Leben, das damals zerstört wurde. Zugleich bekennen wir uns zu einer Zukunft, in der Juden in Deutschland ihr Jüdisch-

sein offen, sicher und sichtbar in unserer Mitte leben. Als selbstverständlicher Teil unseres gemeinsamen vielfältigen Lebens.

(Beifall)

Dr. h. c. Charlotte Knobloch, Präsidentin Israelitische Kultusgemeinde München:

## Ich bitte Sie: Passen Sie auf unser Land auf!



Charlotte Knobloch (\*1932)  
Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern

**K**vod Ha-Rabbanim! Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident! Sehr geehrte Repräsentanten der Verfassungsorgane! Mitglieder des Deutschen Bundestages! Frau Bundeskanzlerin! Frau Büdenbender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich stehe vor Ihnen – als stolze Deutsche. Wie einst meine Großmutter Albertine Neuland, seligen Angedenkens. Mit meinem Großvater treu ihrer deutschen Heimat verbunden. Hoch angesehen in der Bayreuther Kaufmannsgesellschaft. Passionierte Wagnerianerin. Ermordet in Theresienstadt im Januar 1944. Von meiner Großmutter habe ich die Liebe zu den Menschen geerbt – trotz der Menschen.

Ich stehe als stolze Deutsche vor Ihnen. Wie einst mein gottseliger Vater Fritz Neuland. Als treuer deutscher Patriot 1919 zutiefst empört über den Vertrag von Versailles. Ein dekoriertes Veteran des Ersten Weltkrieges, der für sein deutsches Vaterland an der Front gekämpft hatte. Seine Loyalität, sein Eisernes Kreuz schützten ihn unter den Nationalsozialisten vor keiner Demütigung – nicht vor Berufsverbot, Enteignung, der Deportation seiner Mutter, der Trennung von seiner Tochter, der Zwangsarbeit. Mein Vater hat mich Liebe zu Deutschland gelehrt – trotz dem.

Am 9. November 1938 hat Deutschland das Tor zu Auschwitz aufgestoßen – vor den Augen der Welt und unter dem Beifall vieler Teile der Bevölkerung. Die Natio-

nalsozialisten, Hass und Gleichgültigkeit besiegelten das Schicksal von Millionen Juden in Europa.

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Die Gleichgültigkeit wich der Gewissheit über ein singuläres, präzedenzloses, bis heute kaum vorstellbares Menschheitsverbrechen. 76 Jahre später erzähle ich Ihnen im Bundestag aus meinem Leben – einem deutschen Leben.

Ende Oktober 1932 werde ich in München geboren. In der Stadt kommt das nach Jahrhunderten der Diskriminierung und Verfolgung erlangte jüdische Selbstbewusstsein in drei Synagogen zum Ausdruck. Die meisten deutschen Juden sind deutsche Patrioten. Sie wollen sich assimilieren, wollen dazugehören.

Als Hitler an die Macht kommt, bin ich drei Monate alt. Doch auch erwachsene Freunde und Bekannte begreifen nicht die Verheerung dieses Tages. Die gut 500 000 deutschen Juden sind zu tief in ihrer Heimat verwurzelt, um zu zweifeln: Über 1 600 Jahre leben damals Juden auf diesem Boden – seit 1871 als gleichberechtigte Staatsbürger. Und Gesetz ist Gesetz. Oder nicht?

Als ich vier Jahre alt bin, verlässt uns meine Mutter. Sie war dem Druck gewichen, dem sie durch Konversion und Ehe mit einem Juden ausgesetzt war. Was blieb, war Schmerz.

Meine Großmutter zieht zu uns. Sie möchte mir ein annähernd normales Leben ermöglichen: Wir spielen, singen, lachen. Sie lehrt mich die Grundlagen unseres Glaubens. Aber keine Bemühung kann überspielen: Das Leben wird für uns Juden immer beschwerlicher. Erlasse, Verbote, Verunglimpfung machen den Alltag unerträglich.

Eines Nachmittags will ich zum Spielen raus. Im Hof gegenüber

treffe ich mich oft mit Mädchen und Jungen aus der Nachbarschaft. Heute ist das Gatter verschlossen. Ich rufe. Sie drehen sich weg. Von hinten raunt mich die Hausmeistersfrau an: „Judenkinder dürfen hier nicht spielen!“

Tränen schießen mir in die Augen. Zu Hause nimmt mich Großmutter auf den Schoß. Sinnlos, das Erlebte kleinzureden. Sie spricht von finsternen Zeiten, die bald vergehen würden. Es ist meine erste Begegnung mit dem Anderssein. Danach darf ich nicht mehr alleine aus dem Haus. Die finstere Zeit vergeht nicht. Im Jahre 1938 wird sie immer dunkler.

Seit dem Frühjahr gehe ich auf die jüdische Schule. Ich hatte mich so auf das Lernen gefreut. Doch jetzt sitzt die Furcht mit im Klassenzimmer. Der Schulweg ist ein Spießrutenlauf voller Parolen und Pöbeleien.

Egal wie stark man sein will: Ausgrenzung und Anfeindung hinterlassen tiefe Verletzungen.

Ende der 1930er ist die Arierisierung in vollem Gange. Systematisch werden die geschäftlichen und beruflichen jüdischen Existenzen vernichtet – sichtbar, inmitten der deutschen Gesellschaft.

Unser Leben findet nur noch zu Hause statt. Aber Privatsphäre gibt es nicht mehr: Meist abends – wenn es dunkel und Juden verboten ist, das Haus zu verlassen – klingelt es Sturm. Männer in langen Mänteln streifen durch die Wohnung, als sei es die ihre. Porzellan, Teppiche, Besteck, Bilder, Antiquitäten, Leuchter – sie bedienen sich nach Belieben und quittieren, akkurat. Deutschland.

Schikane, Bedrohung, Beleidigung und nicht nur verbale Gewalt sind inzwischen der übliche Umgang mit Juden. Angst, Verunsicherung, Verschüchterung begleiten jeden Gedanken. Und die bange Frage: Was passiert als Nächstes?

Einmal wollen mein Vater und

ich kurz an die Luft. Männer springen von einem Wagen. Mitkommen! Vater wird mir von der Hand gerissen. Eine mir Unbekannte greift meine Hand und legt sie an ihren Kinderwagen. Sie begleitet mich ein Stück. Zu Hause warte ich mit Großmutter. Schreckliche Stunden später kehrt mein Vater zurück. Und wir hatten noch einmal Glück.

Lassen Sie es mich hier klar sagen: Wer Coronamaßnahmen mit der nationalsozialistischen Judenpolitik vergleicht, verharmlost den antisemitischen Staatsterror und die Shoah.

Das ist inakzeptabel!

Im Juni 1938 besucht Hitler München. Die Hauptsynagoge sticht ihm ins Auge. Tags darauf ordnet er den Abriss an. Stahlbirne und Sprengungen machen das Gotteshaus dem Erdboden gleich.

Der 9. November. Am Abend verlassen wir eilig die Wohnung. Keine Zeit für Fragen. An der Hand meines Vaters irre ich durch die Straßen. Lärm. Geschrei. Rauch qualmt aus den Fenstern der Ohel-Jakob-Synagoge.

Zwei SAler zerren Justizrat Rothschild – Opa Rothschild, wie ich ihn immer nannte – aus seinem Haus. Blut läuft ihm übers Gesicht.

Ich darf nicht stehen bleiben. Nicht stolpern. Nicht weinen. Nur nicht auffallen!

Als die Wehrmacht in Polen einmarschiert, bin ich sieben. Mit Kriegsbeginn stehen die Chancen für Juden, ihre deutsche Heimat zu verlassen, nahe null. Meinem Onkel in New York gelingt es, zwei Bürgerschaften zu organisieren – zwei. Großmutter ist nach den US-Bestimmungen zu alt. Sie will, dass wir gehen. Vater und ich würden sie nie verlassen. Thema erledigt.

Ich höre, was die Menschen erzählen, die zu meinem Vater kommen. Seit ihm die Anwaltszulassung entzogen wurde, ist er Rechtsberater für jüdische Mandanten. Sie berichten von Verwandten, die ins KZ Dachau verschleppt wurden. Ich verstehe nicht alles – aber ich begreife: Es geht um Leben und Tod.

Mit wenigen Habseligkeiten müssen wir ins Souterrain ziehen. Die letzte scheinbare Geborgen-

heit ist fort.

Seit November 1941 fahren Züge aus München in Richtung Osten. Darin: jüdische Münchnerinnen und Münchner allen Alters, zusammengepfercht. Bekannte und Freunde verschwinden für immer. Mehr und mehr Verzweifelte ersuchen meinen Vater um Hilfe. Deportationsbefehle in Händen. Sie weinen. Flehen. – Ich höre sie noch heute. – Aber Vater kann ihnen nicht helfen. Niemand kann es. Und wir alle wissen es.

Ich bin neun, als wir informiert werden: Ein Alten- und Kindertransport nach Theresienstadt. Großmutter oder ich müssen in den Zug. Meine starke Großmutter trifft augenblicklich die unmögliche Entscheidung.

Früh am nächsten Tag wird Vater mich wegbringen – in erhoffte Sicherheit. Zuvor, der schwerste Moment in meinem Leben: Großmutter sagt, sie gehe zur Kur und komme bald zurück. Ich aber weiß, was das bedeutet. Weinend klammere ich mich an sie – an Liebe, Zärtlichkeit, Geborgenheit. Sie werden für lange Zeit aus meinem Leben verbannt sein.

Mein Vater bringt mich in ein Dorf in Franken. Die Familie von Zenzi Hummel, dem ehemaligen Dienstmädchen meines Onkels, nimmt mich als Zenzis uneheliches Kind auf. Ich muss mich von Vater verabschieden – vielleicht für immer.

Ich werde Lotte Hummel. Gewöhne mich an Plumpsklo, eine Waschwanne Warmwasser für alle, karge, eiskalte Zimmer, körperliche Arbeit – an Angst, Heimweh und unsagbare Einsamkeit.

Zenzi ist eine strengreligiöse Frau. Sie war mit Gott einen Pakt eingegangen: Wenn sie mich beschützt, werden ihre Brüder heil aus dem Krieg wiederkehren. So kam es.

Ende Mai 1945 fahre ich mit Leitkuh Alte vor dem Karren zum Hof. Ein Auto hält. Mein Vater steht vor mir. Es ist kein unbeschwertes Wiedersehen. Bis heute ahne ich nur, welche Qualen sie ihm zufügten. Säure hat sein Augenlicht fast gänzlich zerstört. Aber er lebt, und ich lebe!

Ich will nicht zurück nach München! Zurück zu den Leuten, die

**Egal wie stark  
man sein will:  
Ausgrenzung und  
Anfeindung  
hinterlassen tiefe  
Verletzungen.**

**Wir haben  
Brücken über  
unüberwindbar  
scheinende  
Abgründe gebaut  
und beschritten.**

uns beleidigt, bespuckt, uns in jeder Form gezeigt haben, wie sehr sie uns plötzlich hassten! Aber ich habe keine Wahl. Und so begegne ich ihnen allen. Ich will weg aus dieser Stadt, aus diesem Land.

Mit 16 lerne ich Samuel Knobloch aus Polen kennen. Im Ghetto wurden seine Mutter und fünf Geschwister ermordet. Im Konzentrationslager Plaszow erschossen sie den Vater vor seinen Augen. Er und sein Bruder Ruben überlebten die Konzentrationslager Plaszow und Buchenwald und den Todesmarsch gen Süden. Am 8. Mai 1945 wurden sie befreit.

Samuel ist die Liebe meines Lebens. Wir kommen zusammen und wünschen uns nichts sehnlicher als ein neues Leben in der neuen Welt. Für die Auswanderung lerne ich Damenschneiderei, um ein Visum zu erhalten. Alle zwei Tage suchen wir unsere Namen auf der Liste der Einreise genehmigungen. Ende 1951 kommt mein Sohn Bernd zur Welt. Sobald er laufen kann, soll es losgehen.

Es heißt: „Wenn Du Gott zum Lachen bringen möchtest – mach Pläne.“ Saint Louis, Missouri, das Ziel unserer Ausreise, hat mich nie gesehen.

Wir bekamen noch zwei Töchter, Sonja und Iris.

Im schweigsamen Nebeneinander mit dem nichtjüdischen Umfeld versuchte die jüdische Gemeinschaft, aus dem Überleben ein Leben zu formen. – Ein Leben, das 6 Millionen Töchtern, Söhnen, Brüdern, Schwestern, Müttern, Vätern, Großeltern genommen wurde. Ein Leben in Trauer. In Schmerz. In Wut. Ein Leben in Deutschland. Aber: Heimat ist Heimat.

Erst in den 60er- und 70er-Jahren wird das Schweigen durchbrochen. Auf nichtjüdischer Seite wuchs das Bewusstsein über die Verbrechen der Vergangenheit. Es wuchs die Erkenntnis, dass Auseinandersetzung und Aufarbeitung unerlässlich sind für das Bauen der Zukunft. So konnte auf jüdischer Seite das Vertrauen wachsen – in die neue Bundesrepublik, in der es gelang, auf den Trümmern der Geschichte eine tragfähige freiheitliche Demokratie zu errichten. Einen positiven Akteur im vereinten Europa, in der liberalen Welt. Einen Staat, der die unverbrüchlichen Menschenrechte jeder und jedes Einzelnen wahrt und verteidigt.

Ich fing an, mich zu engagieren. Zunächst sozial in der eigenen Kultusgemeinde und dann immer mehr dafür, dass aus dem Nebeneinander ein Miteinander wurde.

Ein gesellschaftlicher Kraftakt!

Wir haben Brücken über unüberwindbar scheinende Abgründe gebaut und beschriftet.

Heute gibt es wieder jüdische

Gemeinden im ganzen Land. Oft klein. Aber sie sind da. Und sie bleiben! Allen Rückschlägen zum Trotz!

Neue Synagogen wurden gebaut.

In meiner Heimatstadt bildet das jüdische Gotteshaus wieder eine Symbiose mit der Frauenkirche und dem Rathaus.

Jüdische Schulen, Lehrstühle, Studienwerke, Sportvereine, Rabbinerseminare – eine Vielzahl von Institutionen, Vereinen und Gruppierungen zeugen davon: In unserer Gesellschaft ist das pluralistische, vitale deutsche Judentum wieder eine anerkannte Kraft.

Die Zuwanderung jüdischer Kontingentflüchtlinge aus dem postsowjetischen Raum zeigte schließlich der Welt am Ende des 20. Jahrhunderts: Deutschland ist für Juden wieder eine gute, mit Hoffnungen verbundene Heimat.

Heute danke ich Gott dafür, dass ich daran mitarbeiten darf, dem jüdischen Leben in Deutschland eine Perspektive auf Dauer zu geben. Ich danke der großen Mehrheit der Menschen in unserem Land, die sich genau das wünschen. Und ich danke meinen Mitstreitern in Politik und Gesellschaft, die mir dabei geholfen haben – unbeirrbar, mutig und behertzt.

Wir dürfen stolz sein auf unsere Bundesrepublik, verehrte Damen und Herren! Aber wir müssen sie wehrhaft verteidigen! Nicht einen Tag dürfen wir vergessen, wie zerbrechlich die kostbaren Errungenschaften der letzten 76 Jahre sind!

Ich muss Ihnen nicht die Chronologie antisemitischer Vorfälle in unserem Land darlegen. Sie erfolgen offen, ungeniert – beinahe täglich. Verschwörungsmethoden erfahren immer mehr Zuspruch. Judenfeindliches Denken und Reden bringt wieder Stimmen. Ist wieder salonfähig – von der Schule bis zur Coronademo. Und natürlich: im Internet – dem Durchlauferhitzer für Hass und Hetze aller Art.

Verehrte Anwesende, 2021 blicken wir auf 1 700 Jahre zurück, in denen jüdisches Leben auf dem Boden der heutigen Bundesrepublik dokumentiert ist. Ich danke dem Bund, den Ländern und Kommunen für die Unterstützung der Initiativen zu diesem Anlass. Aber ich trage schwer daran, dass sich in den Wunsch nach Freude und Normalität noch immer die alten Ängste und Sorgen mischen. Gemeindemitglieder, Freunde und Bekannte denken laut nach, doch noch auszuwandern.

Der starke Rückhalt aus der Politik ist wichtig. Großer Dank gilt

auch den Sicherheitskräften, die die jüdische Gemeinschaft und ihre Einrichtungen schützen. Aber es klafft eine Lücke zwischen politischer Rason und gesellschaftlicher Realität. Zumal einige nicht zu schmerzlichen Analysen bereit sind.

Zweifellos: Die größte Gefahr für alle in unserem Land war und ist der Rechtsextremismus. Und natürlich ist radikal rechtes Gedankengut ein wesentlicher Träger des Judenhasses.

Auch im Linksextremismus ist Antisemitismus tief verwurzelt.

Hinzugekommen ist der Dschihadismus, die Gefahr durch den radikal islamischen Hass auf unsere Lebensart. Das Feindbild „Jude“ symbolisiert den verhassten Westen, das Moderne, das Freie. So sind Juden und ihre Einrichtungen bevorzugte Ziele ihres Terrors.

Aber: Das Phänomen Antisemitismus ist größer als das Offensichtliche. Wer Judenhass an der Wurzel packen will, muss auch dort zugreifen, wo es wehtut:

- Auch in der Mitte der Gesellschaft.
- Auch dort, wo Integration in die demokratischen Werte abgelehnt wird.
- Auch dort, wo unter dem Deckmantel von Toleranz zu lange Intoleranz gären durfte.
- Auch dort, wo eine Verbrämung von Antisemitismus als intellektuell verkauft wird.
- Sowie dort, wo man nicht „Jude“ sagt, sondern „Zionist“ oder andere Codes.
- Und auch dort, wo der Staat Israel diffamiert, delegitimiert und mit doppelten Standards verurteilt wird.

Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine Sisyphosaufgabe. Aber wer sich nicht an Maschinengewehre vor jüdischen Einrichtungen gewöhnen möchte, muss diese bewältigen.

Ich wünsche mir, dass eine Kippa nicht bedeckt werden muss. Dass eine Halskette mit Davidstern so gefahrlos getragen werden kann wie ein Anhänger mit Kreuz und ein Makkabi-Trikot wie ein FC-Bayern-Shirt.

Es geht dabei nicht nur um den Schutz jüdischer Menschen. Denn wo Antisemitismus Platz hat, kann jede Form von Hass um sich greifen – Rassismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit, Menschenverachtung jeder Couleur. Der Kampf dagegen ist ein Kampf für die Menschenwürde, für Demokratie, für Einigkeit, für Recht und Freiheit.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch in Deutschland erleben wir Spaltung, Polarisierung, ag-

gressive Erregung, Unversöhnlichkeit.

Einige behaupten, es gebe Meinungskorridore. Eine wichtige Debatte, die nicht missbraucht werden darf, um Ungeheuerliches sagbar zu machen. Worte sind die Vorstufen von Taten.

Wenn die Grenzen der hohen Güter „Meinungs- und Versammlungsfreiheit“ abgesteckt werden, sollte der Gedanke hinter Artikel 18 Grundgesetz mehr Beachtung finden.

Auf keinen Fall darf auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden, was Legislative und Judikative liegen lassen.

Ein persönliches Wort zur Polizei: Ich wurde als Kind von Männern in deutscher Uniform bedrängt und geschlagen, weil ich den Aufenthaltsort meines Vaters nicht preisgeben wollte. Heute beschützen mich seit Jahren Beamte des Polizeipräsidiums München – mit ihrem Leben. Im Namen meiner Familie sage ich hier im Hohen Haus: Danke!

Meine Damen und Herren, ich habe für sie gekämpft. Ich habe sie wiedergewonnen. Und ich werde sie verteidigen!

Ich stehe als stolze Deutsche vor Ihnen. Obwohl alles dagegenspricht. Trauer, Schmerz, Verzweiflung und Einsamkeit begleiten mich. Aber ich weiß: Unser Land leistet viel, damit jüdische Menschen sicher sind – und hoffentlich nie wieder allein!

Ich bin stolz auf unsere Demokratie. Auch wenn ich sie mir – das ist kein Geheimnis – wehrhafter wünsche. Die Feinde der Demokratie sind stärker als viele glauben.

Ich bin stolz auf die jungen Menschen in unserem Land. Sie sind frei von Schuld, was die Vergangenheit angeht. Aber sie übernehmen Verantwortung für heute und morgen – interessiert, leidenschaftlich und mutig.

Verehrte Damen und Herren,

ich stehe vor Ihnen als Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Münchnerin, Bayerin, Deutsche, Europäerin, Jüdin – als Mensch. Ich bitte Sie: Passen Sie auf auf unser Land!

Diese Worte richte ich explizit nicht an die ganz rechte Seite des Plenums! Ich kann nicht so tun, als kümmerte es mich nicht, dass Sie hier sitzen. Ich spreche Sie nicht pauschal an! Vielleicht ist die eine oder der andere noch bereit, zu erkennen, an welche Tradition da angeknüpft wird. Zu den Übrigen in Ihrer „Bewegung“: Sie werden weiter für Ihr Deutschland kämpfen. Und wir werden weiter für unser Deutschland kämpfen. Ich sage Ihnen: Sie haben Ihren Kampf vor 76 Jahren verloren!

Verehrte Damen und Herren, abschließend noch drei Gedanken:

Der erste gilt den Millionen Opfern, derer wir heute gedenken. Sie sind in unseren Herzen. Sie werden nicht vergessen. Niemals!

Der zweite gilt den Zeitzeugen. Viele haben an diesem Pult von unfassbarem Grauen berichtet. Wir geben jetzt den Stab der Erinnerung an Sie ab – im Vertrauen, ihn in gute Hände zu legen. Vergessen Sie uns nicht!

Und der dritte gilt den jungen Menschen. Es gibt keinen besseren Kompass als eure Herzen. Lasst euch von niemandem einreden, wen ihr zu lieben und wen ihr zu hassen habt!

Gott schütze unser Land! Am Israel Chai!

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

(Anhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)



Zeremonie mit der Sulzbacher Torarolle von 1793 im Andachtsraum des Deutschen Bundestages  
© Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann

Marina Weisband, Publizistin:

## Das Gedenken weitertragen und lebendig halten



Marina Weisband (\*1987)  
Publizistin

**S**ehr geehrte Menschen! In der Ukraine hieß ich Onufriyenko. Meine Familie hat damals mit Absicht den jüdischen Namen Weisband nicht tragen wollen, wegen der Nachteile, die er dort bedeutete. Mein Opa, der den Holocaust überlebt hat, hat sein ganzes Leben lang alle Zeitungen gelesen, hat die Stimmung im Land stets angespannt verfolgt. 1993 sagte er: „Wir müssen gehen. Jetzt.“ Ich hatte Angst vor einem unbekanntem Land. Aber mein Vater hat mich damals getröstet. Er nahm mich in den Arm und sagte: „Weißt du, in Deutschland interessiert es zum Beispiel niemanden, dass wir Juden sind. Da können wir einfach nur Menschen sein.“

Wir zogen nach Deutschland. Wir nahmen den Namen Weisband wieder an. Heute gehe ich zum Gebet durch Sicherheitskontrollen. Ich lese aufmerksam Zeitungen, und ich beobachte angespannt die Stimmung im Land. Und ich lerne, dass „einfach nur Mensch sein“ Arbeit bedeutet.

Ich darf hier stehen als Repräsentantin der Nachgeborenen. Einer Generation von jungen Jüdinnen und Juden, die alle ganz verschieden sind. Aber viele von uns machten lange Suchen nach Identität durch. Viele von uns setzen mühsam Scherben zusammen von dem, was einst Kultur war. Zugehörigkeit. Normalität.

Meine Geschichte ist für diese Generation nicht ganz ungewöhnlich. Mehr als 90 Prozent aller jüdischen Gemeindeglieder in Deutschland entstammen dem postsowjetischen Raum.

Als ich hierherkam, habe ich mit diesem Land positive Erfahrungen gemacht. Wir erhielten Hilfe. Uns wurde die Sprache beigebracht. Das Gefühl, willkommen zu sein, ist bei mir geblieben. Es hat mich später dazu inspiriert, dieser Gesellschaft irgendwie was

zurückgeben zu wollen. Als sie mich dann noch eingebürgert hat und mir erlaubt hat, dieses Parlament mitzubestimmen – ohne Fragen nach meinen Vorkenntnissen oder meinen Motiven zu stellen –, bin ich in eine Partei eingetreten. Ich hatte das Gefühl, diese Gesellschaft geht mich etwas an. Ich bin Teil von ihr. Wir waren dahin gehend sehr viel privilegierter als andere Flüchtlinge.

Gleichzeitig bleibe ich zum Teil fremd. Während des Studiums begann es mit verwunderten Ausrufen, die mich eher fühlen ließen wie ein Zootier: „Du bist die erste Jüdin, der ich begegne.“ Da war diese Mischung aus Mitgefühl und Beklemmung. Wir Juden waren diese Fabelwesen, über die man schreckliche Dinge gelernt hat im Geschichtsunterricht und die prinzipiell nur schwarz-weiß waren.

Ich musste mich rechtfertigen für israelische Politik, für religiöse Bräuche, für angebliche überproportionale Sichtbarkeit und verächtliche Unsichtbarkeit. Teil einer kleinen Minderheit zu sein, bedeutet immer, alle zu repräsentieren und von allen repräsentiert zu werden. Ob man will oder nicht.

Und unsichtbar waren wir nie freiwillig. Ich erinnere mich noch daran, wie unsere Gruppe junger Menschen in der Gemeinde versucht hat, einen jüdischen Stammtisch zu gründen, der bewusst nicht in der Gemeinde stattfinden sollte. Wir wollten vor allem jüdische Studentinnen und Studenten dorthin einladen, die mit Religion vielleicht nicht so viel anfangen konnten. Als wir aber im Lokalblatt eine Anzeige dafür schalten wollten, hat uns die Polizei sehr nachdrücklich davon abgeraten, irgendwas zu veröffentlichen, was Zeit und Ort enthielt. Aus Sicherheitsgründen.

Deshalb sind wir unsichtbar. Auch in diesem Land ist es für uns noch immer zu gefährlich, sichtbar zu sein. Wir verschicken unsere Gemeindepast in unmarkierten Briefumschlägen. Wir laufen zum Gebet, ins Gemeindezentrum, in die jüdische Schule und in den Kindergarten an bewaffneten Wächtern vorbei. Und wir sind dankbar für den Schutz – aber das macht etwas mit einem.

Und wenn eine Alltäglichkeit wie ein jüdischer Stammtisch mit Bier und Witzen nur halb so viel Öffentlichkeit bekommen würde wie jede antisemitische Aussage, die von dahergelaufenen Provokateuren in die Welt posaunt wird

zwecks Medienzirkus, dann wäre unsere Situation eine andere.

Jüdin in Deutschland zu sein, bedeutet, durch seine bloße Existenz die Erinnerungen der Shoah und des modernen Antisemitismus, von Schuld und Versöhnung in sich zu tragen. Ich wollte nie eine Expertin in Antisemitismus sein. Ich bin Beteiligungspädagogin! Mein Thema ist Bildung! Trotzdem halte ich bei der Polizei Vorträge zu Antisemitismus, trotzdem drehe ich Aufklärungsvideos, trotzdem werde ich angerufen, wenn irgendwo was passiert.

Dass jüdisches Leben hierzulande im Schatten der Shoah steht, bedeutet nicht nur, dass wir mit dem Gedenken daran leben, was unseren Familien widerfahren ist, und mit dem Trauma, das über die Generationen bis zu uns vererbt wurde. Meine Großeltern waren traumatisiert oder wurden ermordet. Meine Eltern waren davon traumatisiert. Und unsere Kinder – meine Tochter – sehen und lernen mit Schrecken. Umso schmerzhafter ist für mich diese Debatte über einen vermeintlichen Schlussstrich, solange wir keinen ziehen können.

Jüdin in Deutschland zu sein, bedeutet vor allem, zu verstehen, dass es passiert ist und folglich wieder passieren kann. Es bedeutet, zu verstehen, dass Antisemitismus nicht da beginnt, wo auf eine Synagoge geschossen wird. Dass auch die Shoah nicht mit Gaskammern begann. Es beginnt mit Tiraden über eine angebliche jüdische Opferrolle. Nur um es mal ganz klar zu sagen: Wir können den Anfängen nicht wehren, weil es ein stetiger Prozess ist.

Weil jetzt gerade Waffen gesammelt werden. Weil jetzt gerade in der Polizei und im Militär rechtsradikale Strukturen nicht konsequent aufgedeckt werden. Weil Menschen wie ich jetzt und heute Morddrohungen bekommen.

Ich höre sehr oft von Menschen, dass wir die Einteilung in Schubladen lassen sollen – dieses Schwarz und Weiß, jüdisch und nichtjüdisch, homo und hetero. Dass wir einfach nur Menschen sein sollen. Und das ist eine schöne Vision. Ich will da hin. Aber „einfach nur Mensch sein“ ist Privileg derer, die nichts zu befürchten haben aufgrund ihrer Geburt.

„Einfach nur Mensch sein“ bedeutet, dass jüdisches Leben in Deutschland unsichtbar gemacht wird. „Einfach nur Mensch sein“ bedeutet, dass Strukturen von Unterdrückung unsichtbar gemacht werden. Denn jede Unterdrückung – sei es Sexismus, Rassismus, Antisemitismus – lebt davon, dass sie für die Nichtbetroffenen unsichtbar ist. Wenn wir wirklich das Ziel haben, dass es egal sein soll, wie man geboren wird – dann müssen wir den Finger in diese Wunde legen, und wir müssen benennen, wer allein aufgrund seiner Geburt um seinen Platz in der Welt kämpfen muss und wer nicht.

Denn sie ist nicht ausgestorben, diese Überzeugung, dass es Menschen gibt, deren Würde mehr wert ist. Dass es Menschen gibt, die in dieser Gesellschaft mehr Platz haben als andere. Und es ist eine Aufgabe der Solidarität, Seite an Seite mit allen Minderheitengruppen dafür zu kämpfen, wofür die Verfassung dieses Landes steht und was bislang immer eine Utopie geblieben ist – nämlich die Selbstverständlichkeit unserer Koexistenz. Ich sehe es nicht ein, uns darin gegeneinander ausspielen zu lassen!

Das ist für mich jüdisches Leben in Deutschland: ambivalent, voller Gemeinschaft und Solidarität und Angst und Frustration. Juden

sind eine Religionsgemeinschaft, aber wir sind auch eine Volksgemeinschaft – in anderem Sinne, als man im deutschen Sprachgebrauch „völkisch“ verwendet. Der wichtigste Unterschied ist, dass sich das Jüdische Volk nicht als ethnisch-rassistische, sondern als Schicksalsgemeinschaft versteht. Das ist vielleicht der rätselhafteste Teil für nichtjüdische Zuhörerinnen und Zuhörer. Weil es schwer ist, zu erklären, was das gemeinsame Schicksal aller dieser verschiedenen Menschen ist, die verschiedene Länder bewohnen, deren Geschichten und Einstellungen verschieden sind.

Aber hier ist ein verbindendes Element: Wir gedenken der Shoah, und wir haben jetzt noch das Glück, denen zuhören zu dürfen, die sie überlebt haben. Aber dies ist die letzte Generation, die das noch kann. Wir, die Nachkommen, stehen jetzt der Tatsache gegenüber, dass mehr und mehr Augenzeugen von uns gehen. Und dass wir das Gedenken dennoch irgendwie weitertragen und lebendig halten müssen.

Wir müssen Antworten finden auf jene, die fragen: „Warum müssen wir dieses alte Zeug aufrollen?“ Wir sind jene, die alle aus der Vergangenheit gezogenen Lehren in eine Zukunft überführen müssen. Wir müssen einen Weg finden, das Gedenken der Shoah weiterzutragen, ohne uns selbst zu einem lebendigen Mahnmal zu reduzieren. Wir sind diejenigen, die unter den Portraits unserer Großeltern und Urgroßeltern eine neue Gesellschaft bauen müssen. Eine, in der vielleicht, irgendwann, eine jüdische Kultur gelebt werden kann und mit einer schlichten Selbstverständlichkeit behandelt wird.

Und dann können wir tatsächlich einfach nur Menschen sein.

(Anhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)



Rabbiner Elias Dray (rechts) spricht mit Rabbiner Shaul Nekrich vor der Gedenkstunde anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus.

© dpa / Michael Kappeler



Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2021 / 206. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 28. Januar 2021

Peter Altmaier, CDU, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

## Wir werden Herausforderungen zu bestehen haben



Peter Altmaier (\*1958)  
Bundesminister

Ein Jahr nach Beginn der Pandemie präsentiert sich die deutsche Wirtschaft in einer robusten, ja für manche überraschend robusten Verfassung und mit Mut zur Zukunft. Die Rezession im letzten Jahr war stark, die zweitstärkste in der Nachkriegsgeschichte. Aber sie war weniger stark, als von fast allen befürchtet.

Der Aufschwung hat im Sommer früher eingesetzt als erhofft. Trotz des Rückschlags bei der Pandemiebekämpfung geht dieser Aufschwung weiter. Und er wird auch in diesem Jahr mit einem Wachstum von 3 Prozent weitergehen. Im nächsten Jahr wird die deutsche Wirtschaft nach allem, was wir wissen, ihre alte Vorpandemiestärke wieder erreicht haben.

Dennoch: 50 000 Tote seit Beginn der Pandemie, Hunderttausende Erkrankte, Menschen, die ihr Liebstes verloren haben. Und: Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich Sorgen machen um den Fortbestand ihrer Lebensleistung, ihres Unternehmens, und Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich Sorgen machen, ob ihre Arbeitsplätze auch in Zukunft sicher sind, sie alle arbeiten gemeinsam – ohne Ideologie, ohne gegenseitige Schuldzuweisungen, ohne den Versuch, andere in schlechtes Licht zu rücken – daran, dass wir die größte Herausforderung, die größte Bewährungsprobe seit Wiederaufbau und Wiedervereinigung

bestehen.

Nicht nur staatliche Hilfen, nicht nur die Umstände und die Erfolge in der Pandemiebekämpfung, sondern eben auch der Einsatz der Einzelnen ist ganz entscheidend. Viele waren bereit, für die Überwindung dieser Krise auch ihre Ersparnisse einzusetzen, ihre Rücklagen, und in manchen Fällen sogar die mühsam aufgebaute Altersversorgung anzutasten.

Deshalb können wir heute sagen: Ein Jahr nach der Pandemie ist die Substanz der deutschen Wirtschaft intakt. Ein Jahr nach der Pandemie hat es weniger Unternehmenszusammenbrüche gegeben als im Jahr davor. Ein Jahr nach Beginn der Pandemie hat Deutschland immer noch mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als zu praktisch jedem anderen Zeitpunkt in seiner Geschichte. Dafür möchte ich im Namen der Bundesregierung, auch ganz persönlich als Wirtschaftsminister, all denen, die daran mitgewirkt haben, ein großes Dankeschön aussprechen. Ich darf Ihnen versichern: Wir werden alles tun, damit Sie, sobald es vertretbar ist, Ihre normale Tätigkeit wieder aufnehmen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Ehrlichkeit gehört auch – ich sage dies ohne jede Schuldzuweisung –, dass wir deshalb so lange mit den Schließungen beschäftigt sind – dabei geht es um die betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer, die doch alles getan haben, um Hygienekonzepte zu erarbeiten, sie umzusetzen, ihre Unternehmen so zu verändern, dass sie Menschen bedienen und Umsätze machen können, ohne aus ihrer Sicht Infektionsrisiken zu vergrößern – und wir deshalb so lange schon, den dritten Monat, im Lockdown sind, weil es in vielen Fällen auch nicht möglich war, gemeinsam mit den Verantwortlichen in Bund und Ländern die notwendigen Maßnahmen zu einem frühen Zeit-

punkt zu ergreifen.

Ich habe als Wirtschaftsminister immer gesagt: Die Pandemie ist zum einen eine gesundheitliche Herausforderung und Bedrohung. Zum anderen ist sie die größte Bedrohung für das Funktionieren der Wirtschaft überhaupt. Und deshalb ist die Frage der Pandemiebekämpfung keine Frage, die gegen die wirtschaftlichen Interessen gestellt werden kann. Es ist eine gemeinsame Aufgabe. Je schneller wir die Zahl der Infektionen auf ein vertretbares Maß zurückbringen, je mehr es uns gelingt, die Ausbreitung der Virusmutationen zu verhindern, je schneller es möglich ist, die Zahl der Toten zu reduzieren, desto eher kann die Wirtschaft ihr volles Potenzial wieder entfalten.

Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir helfen. Ich bin, so wie die meisten meiner Vorgänger in diesem Amt, ein überzeugter Anhänger der Marktwirtschaft, der sozialen Marktwirtschaft. Ich bin kein Freund staatlicher Interventionen durch Transferleistungen, wo immer es geht. Aber wenn ein Unternehmen, das im Jahre 2019 Umsätze und Gewinne gemacht hat, in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund der Pandemie vor einem Umsatzrückgang von 70, 80, 90 Prozent steht, dann war dieser Unternehmer kein schlechter Unternehmer, dann war sein Unternehmen nicht erfolglos, sondern es war das Virus, das die Gesetze der Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt hat. Deshalb ist es selbstverständlich, dass wir helfen und dass wir dafür sorgen, dass diese Unternehmen auch in Zukunft eine Überlebenschance in Deutschland haben.

Wir haben, meine Damen und Herren, seit Beginn der Pandemie Wirtschaftshilfen von knapp 80 Milliarden Euro bewilligt und ausgezahlt: die Soforthilfen in der Größenordnung von 13 Milliarden Euro im April und Mai letzten Jahres, Milliarden an Krediten über die KfW, Schnellkredite bis zu 800 000 Euro gerade für die Mittelständler, Exportkreditgarantien in Milliardenhöhe, Steuerstundungen, Aussetzung der Insolvenzantragspflicht sowie Überbrückungshilfen seit Juni letzten Jahres bis zum Juni dieses Jahres, um

denen zu helfen, die ihre Fixkosten eben nicht reduzieren können und trotzdem ihre Unternehmen erhalten wollen.

Ja, als der zweite Lockdown im November notwendig wurde, haben wir den Unternehmen, die wir schließen mussten, mit der Novemberhilfe und der Dezemberhilfe eine Umsatzerstattung im Vergleich zum Umsatz des letzten Jahres angeboten. Das hat es bisher in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben. Ich bedanke mich beim Deutschen Bundestag ganz herzlich für die bewilligten Mittel.

Ja, meine Damen und Herren, ich kann verstehen, wenn Gastromomen, Hoteliers, Inhaber von Geschäften oder von Unternehmen mit körpernaher Dienstleistung, wenn Kulturschaffende darauf warten, dass diese Hilfen endlich ausgezahlt werden. Wir haben von der November- und Dezemberhilfe, die in einem Umfang von über 7 Milliarden Euro beantragt worden sind, rund die Hälfte ausgezahlt. Das ist ein Trost für all diejenigen, die ihre Abschlagszahlungen und auch ihre endgültigen Bescheide bekommen haben. Aber es ist überhaupt gar kein Trost für diejenigen, der seit November immer noch darauf wartet, dass dies geschieht.

Deshalb verstehe ich die Unzufriedenheit der Betroffenen. Aber ich habe wenig Verständnis dafür, wenn dann versucht wird, mit den Problemen, die damit verbunden sind und verbunden sein müssen, Wahlkampfzwecke zu verfolgen und politisches Kapital daraus zu schlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin gestern mehrfach gefragt worden, wieso ich nicht garantieren konnte, dass die Novemberhilfe bereits vor Ende November vollständig ausgezahlt ist. Das hat unter anderem auch damit zu tun, dass wir auf Wunsch der Betroffenen die Antragsfristen für die Novemberhilfe bis zum 30. April verlängert haben; denn viele Steuerberater und viele Selbstständige und Mittelständler haben uns darum gebeten, weil sie ihre Antragsunterlagen nicht am ersten Tag der Antragsfrist einreichen konnten.

Wir haben mit dem Prinzip der Abschlagszahlung und dadurch, dass wir für die Länder und gemeinsam mit den Ländern eine digitale Plattform eingerichtet ha-

ben, ermöglicht, dass eine Rekordzahl von Hilfen in einer kurzen Zeit ausgezahlt worden ist. Wir sind allerdings auch dem Steuerzahler verpflichtet. Es werden Hilfen gezahlt, etwa im Rahmen der Überbrückungshilfe, von 1,5 Millionen Euro im Monat an ein einzelnes Unternehmen. Bei der Umsatzerstattung sind die Beträge, um die es geht, noch viel höher. Deshalb sind wir auch in der Verpflichtung, den Umgang mit diesen Hilfen so zu organisieren, dass wir einer Überprüfung durch den Bundesrechnungshof standhalten und dass Missbräuche nach Möglichkeit verhindert werden.

Ich kann allen Betroffenen, die auf diese Hilfen warten, von dieser Stelle aus versichern, dass wir alles tun, damit sie so schnell wie möglich und so wirksam wie möglich bei den Menschen ankommen. Ich bedanke mich beim Deutschen

Bundestag für die Bereitschaft, die Insolvenzantragsfrist für diejenigen Unternehmen weiter auszusetzen, die einen Hilfsantrag gestellt haben. Das ist eine klare Botschaft: Niemand, der acht oder vierzehn Tage länger auf seine Hilfszahlung warten muss, muss deshalb Insolvenz anmelden.

Wir werden dies gesetzlich in dieser Woche so regeln, dass klar ist, dass die Unternehmen geschützt sind. Das ist das Mindeste, was wir für sie tun können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 80 Milliarden Euro an Hilfen für die Unternehmen, zusätzlich 23 Milliarden Euro Kurzarbeitergeld, zusätzlich ein Konjunkturpaket von 130 Milliarden Euro. Und das, was wir in den nächsten sechs Monaten an November- und Dezemberhilfe, an Überbrückungshilfe III bezahlen werden, wird sich noch einmal auf bis zu 50 Milliarden Euro summieren. Dieses Geld konnten wir auch deshalb in die Hand nehmen, weil die Finanzminister der letzten 15 Jahre – sie gehörten unterschiedlichen Parteien an –, weil die Mitglieder des Deutschen Bundestages in den letzten 15 Jahren dafür gesorgt haben, dass unsere staatlichen Finanzen solide und in Ordnung waren, und weil die Beteiligten in der Wirtschaft, die Unternehmer und die Arbeitnehmer, gemeinsam dafür gesorgt

**Ich halte Steuererhöhungen in der Krise oder unmittelbar nach der Krise für keine gute Idee.**

**Wir haben seit Beginn der Pandemie Wirtschaftshilfen von 80 Milliarden Euro ausgezahlt.**

Fortsetzung auf nächster Seite

haben, dass unsere Volkswirtschaft in einer guten Verfassung ist. Deshalb können wir ihnen etwas von dem zurückgeben, was sie uns in der Vergangenheit gegeben haben.

Ja, und ich sage das à titre personnel, ganz persönlich, als Wirtschaftsminister: Ich hätte mir gewünscht, dass wir beim Verlustrücktrag vielleicht noch ein bisschen mutiger gewesen wären. Aber manche Fragen werden auch mehrfach diskutiert. Wenn wir nicht alles erreichen, bei der Bürokratieentlastung und in anderen Fragen, was uns vorgenommen haben, dann ist das kein Grund, die Dinge schlechtzureden, sondern ein Ansporn, uns dafür einzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, wenn wir die unmittelbaren Pandemiefolgen überwunden haben, dann müssen wir uns darauf konzentrieren, dass unsere Wirtschaft auch in der Zukunft sicher und stark sein kann, dass wir in einem internationalen Umfeld, das rauer geworden ist, mit mehr Wettbewerb und mit mehr Wettbewerbern, mit einem enormen technischen disruptiven Innovationspotenzial, das wir jeden Tag im Bereich der Digitalisie-

rung, im Bereich der Biotechnologien und in vielen anderen Bereichen sehen, weiterhin mithalten können, wie in den letzten Jahren.

Wir brauchen Entlastung bei der Bürokratie. Ich halte ganz persönlich Steuererhöhungen in der Krise oder unmittelbar nach der Krise für keine gute Idee.

Ich glaube, dass wir das, was wir investieren können, so ansetzen und anwenden müssen, dass es dazu beiträgt, dass Innovation möglich wird. Deshalb investieren wir – ich bedanke mich beim Bundesfinanzminister für die Unterstützung – in digitale Abschreibung und in digitale Innovationen von mittelständischen Unternehmen; die Programme sind vielfach überzeichnet. Wir haben einen Zukunftsfonds von 10 Milliarden Euro aufgelegt. Ich bedanke mich bei der Fraktion ganz herzlich für die Unterstützung.

Wir haben mit dem Projekt Gaia-X die Voraussetzungen für eine souveräne europäische Dateninfrastruktur geschaffen. Die Elek-

tromobilität und alternative Antriebe – Wasserstoff, synthetisches Benzin und viele andere – kommen richtig in Schwung. Deshalb werden wir nicht nur in die Ladesäuleninfrastruktur investieren, sondern wir werden auch dafür sorgen, dass die Menschen in Deutschland auch einen Anteil an der neuen Wertschöpfung der Elektromobilität haben.

Vorgestern hat die Europäische Kommission ein neues Projekt im gemeinsamen europäischen Interesse unter deutscher Führung gebilligt und akzeptiert. Es geht darum, Zehntausende von Arbeitsplätzen in Europa zu schaffen, viele davon in Deutschland – mit der Produktion der modernsten, nachhaltigsten und leistungsfähigsten Elektrobatterien, die es weltweit gibt.

Wir sind das Land der Ingenieure. Wir sind das Land, wo Elektroakkumulatoren vor über 120 Jahren erfunden und eingeführt worden sind. Und wir möchten beim Bau der modernsten, der nachhal-

tigsten, der besten, der umwelt- und klimafreundlichsten Autos vorne mit dabei sein. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland auch in Zukunft das Land der Mobilität und der Automobilität bleibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden einige Herausforderungen zu bestehen haben im Hinblick auf freien Welthandel, im Hinblick auf den Kampf gegen Subventionen und Protektionismus. Wir werden dafür sorgen müssen, dass die deutsche Volkswirtschaft genügend Fachkräfte zur Verfügung hat. Aber all dies ist möglich, wenn wir uns inspirieren lassen von der Leistung derjenigen, die sich der Coronapandemie entgegengestellt haben, die dafür gesorgt haben, dass die Lieferketten nicht zusammengebrochen sind und dass die Unternehmen eine Chance für die Zukunft haben.

Wenn wir gemeinsam Pläne entwickeln, wie wir Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zu einer mächtigen Synergie machen können, wenn wir gemeinsam imstande sind, dafür zu sorgen, dass die deutsche Volkswirtschaft eben nicht nur in den Bereichen, wo sie

immer schon stark war, sondern auch in den Bereichen, die die Zukunft bestimmen werden, Fuß fasst und ganz vorne mit dabei ist, dann ist mir für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaftskraft nicht bange.

Wir können uns vieles erlauben, solange wir über eine funktionierende soziale Marktwirtschaft und eine erfolgreiche florierende Volkswirtschaft verfügen. Wir können uns vieles leisten im Umweltschutz, in der Bildungspolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Infrastruktur, solange wir die notwendigen Einnahmen erwirtschaften. Und das geht nur mit einer guten Wirtschaft. Diese Erkenntnis hat sich in der Pandemie herumgesprochen. Und sie gehört zu den wenigen positiven Nebenerscheinungen einer der größten Herausforderungen unseres Landes. Aber es ist eine gute Ausgangsbasis dafür, dass wir auch im nächsten Jahr positiv über den Stand der deutschen Wirtschaft und über ihre Zukunftsaussichten werden sprechen können.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Leif-Erik Holm, AfD:

## Lassen wir die Wirtschaft im Land endlich wieder arbeiten



Leif-Erik Holm (\*1970)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Herr Minister, Sie sprechen von einer Wirtschaft in robustem Zustand. Das ist ja wohl wirklich ein Witz. Ich schätze, Tausende haben da draußen jetzt mit dem Kopf geschüttelt, die um ihre Jobs, um ihre Unternehmen bangen. Das ist weiß Gott nicht robust.

Robust ist offensichtlich allein der Wille der Bundeskanzlerin, diesen Lockdown ewig weiterzutreiben. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben wohl gesagt, wir müssen noch strenger werden. Das macht den Menschen da draußen Angst, die um ihre Jobs fürchten. Und wir sagen dazu: Nein, wir halten

das wirtschaftlich auf Dauer nicht durch. Deutschland braucht endlich eine neue Strategie.

Wir müssen unsere Senioren, insbesondere die in den Heimen, endlich konsequent schützen, aber unsere Unternehmen müssen wieder arbeiten dürfen!

Wer soll denn bitte schön den Staat finanzieren, wenn keiner mehr etwas erwirtschaftet? Ich erlebe es in meinem Wahlkreis an der Ostsee. Viele Touristiker fragen: Wann können wir denn endlich wieder Urlauber empfangen? Die Einzelhändler fragen: Wann können wir endlich unsere Läden aufmachen? – Es macht mürbe auf die Dauer. Die Wirtschaft braucht endlich eine verlässliche und schnelle Öffnungsperspektive. Herr Altmaier, Sie haben gesagt: Wir werden alles tun, damit kein Arbeitsplatz verloren geht und kein gesundes Unternehmen wegen Corona schließen muss. Das war natürlich ein hehres Ziel, aber Sie sind krachend gescheitert. Die Zahlen sind deutlich: Im letzten Jahr haben wir im Schnitt eine halbe Million mehr Arbeitslose gehabt. Das Ifo-Institut schätzt, dass sich bis zu 750 000 Unternehmen in existenzieller Not be-

finden.

Es knirscht also immer lauter im Gebälk, und das können wir nicht auf Dauer mit immer neuen Überbrückungshilfen übertünchen. Dagegen hilft schon gar nicht, einfach nach Vogel-Strauß-Methode die Insolvenzantragspflicht immer weiter auszusetzen. Ich kann es ja verstehen, dass sie sich über die nächste Wahl retten wollen, aber Sie schaden damit unserer Volkswirtschaft. Sie schaden damit unseren noch einigermaßen gesunden Unternehmen.

Es war diese Bundesregierung, Herr Altmaier, die es nicht geschafft hat, gerade den kleinen Unternehmen mit den November- und Dezemberhilfen wirklich schnell unter die Arme zu greifen. Das liegt im Wesentlichen wohl nicht in Ihrem Ressort, das kann man sagen, aber es ist Ihre Bundesregierung, die das getan hat. Am Anfang der Pandemie kann man sich Softwareprobleme noch vorstellen, aber wenn da nach einem Dreivierteljahr immer noch nichts klappt, dann grenzt das an Totalversagen.

Und wo sind die begleitenden strukturellen Verbesserungen, die Sie hätten treffen können, die jetzt

wirklich sinnvoll wären? Wir haben das gefordert. Warum lassen wir die gesenkte Mehrwertsteuer nicht da, wo sie im letzten halben Jahr war? Das war ja ein richtiger Schritt. Warum konnten wir das nicht weiterlaufen lassen? Warum haben wir die Stromsteuer nicht längst aufs Minimum gesenkt? Warum haben wir die steuerlichen Verlustrückträge nicht deutlich ausgeweitet? Das alles hätte kommen müssen, und Ihre Bundesregierung hat es nicht geschafft.

Stattdessen streiten Sie über Steuererhöhungen. Aber so groß scheint der Streit gar nicht zu sein: Zum 1. Januar dieses Jahres haben Sie die Spritsteuern erhöht und die Mehrwertsteuer wieder angehoben. Also, da scheint der Streit wirklich nicht groß zu sein.

Allein der Gedanke an Steuererhöhungen in dieser Zeit ist ein Affront gegenüber den ohnehin

schon gebeutelten Bürgern.

Meine Damen und Herren, der ewige Lockdown ruiniert unser Land. Soloselbstständige, Einzelhändler, Gastronomen, Hoteliers – sie alle wollen endlich wieder ranklotzen dürfen. Wir müssen jetzt dazu kommen, dass dieser Lockdown endlich ein Ende hat! Schützen wir unsere Senioren in den Heimen, aber lassen wir die Wirtschaft und unsere Menschen im Land endlich wieder arbeiten.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie würden Sie es denn machen? – Gegenruf von der AfD: Hat er doch gesagt! Haben Sie nicht zugehört? – Gegenruf der Abg. Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche, etwas rauszuhören! – Jan Korte (DIE LINKE): Arbeitsverweigerung ist das!)



Straßenbau ist auch in der Corona-Krise weiter gefragt.

© picture-alliance

Bernd Westphal, SPD:

## Wir finden die richtigen Ansätze im Jahreswirtschaftsbericht



Bernd Westphal (\*1960)  
Wahlkreis Hildesheim

Die heutige Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht findet in einem ganz anderen Umfeld statt als in den Jahren zuvor. Die Coronapandemie, der Klimawandel, der zunehmende Wettbewerb durch Globalisierung, aber auch die demografische Entwicklung machen besondere Politik und besondere Konzepte notwendig. Diese Themen sind herausfordernd, und deshalb werden wir alles daransetzen, Lösungen zu finden. Es ist deshalb heute eine Beratung nicht nur zum Jahreswirtschaftsbericht, sondern

auch über den Zustand, über die Perspektiven und Erwartungen an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Die heutige Generation verfügt über Können, über Möglichkeiten und Chancen wie keine Generation zuvor. Wissen, Technologie, Innovation, Bildung und Forschung eröffnen uns enorme Perspektiven für eine verantwortungsvolle Politik.

Wir besitzen die politische Kraft und die wirtschaftliche Stärke, gemeinsam in Europa und in internationaler Zusammenarbeit dafür zu sorgen, dass ein Leben in Würde gelingt, dass Arbeit zufrieden und nicht krank macht, dass klimaneutrales Wirtschaften möglich und eine solidarische Gesellschaft realisierbar sind. Die SPD hat wie keine andere Partei in über 150 Jahren ihrer Geschichte und mit ihren Erfahrungen die Organisation von Veränderungen sehr erfolgreich bewältigt. Die Notwendigkeit für den tiefgreifenden Wandel ist für uns keine neue Erkenntnis. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir den Menschen Sicherheit im Wandel versprochen. Aber die Zei-

ten ändern sich. Und heute wissen wir genau, dass ohne einen Wandel in der Politik und in Wirtschaft und Gesellschaft und in der Art, wie wir unseren Konsum organisieren, die Zukunft nicht gestaltbar ist. Wir wissen heute genau, dass es nur eine sichere Perspektive für Arbeitsplätze und für Wirtschaft gibt, wenn sie mit dem Klima verträglich organisiert wird, und daran müssen wir arbeiten, meine Damen und Herren.

Deshalb sagen wir nicht „Sicherheit im Wandel“, sondern „Sicherheit durch Wandel“, und das wird die Aufgabe der 2020er-Jahre sein. Kern der sozialen und ökologischen Modernisierung der Wirtschaft sind der Erhalt und der Ausbau von sozialer Gerechtigkeit, auch von Mitbestimmung, von Tarifbindung, von Teilhabe, von guter Arbeit, Schutz des Klimas und der Umwelt und natürlich auch Stärkung eines innovationsfreundlichen Umfeldes und des gesell-

schaftlichen Zusammenhalts.

Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht ist ein Beweis für den wirklich agilen Zustand unserer Wirtschaft. Die Situation kann auch mit den Reden der AfD nicht schlechtgemacht werden. Ich weiß, dass Sie ein Interesse an schlechten Zuständen haben. Wir hingegen haben ein Interesse an guten Zuständen, und deshalb ist unsere Politik eine andere als die von Ihnen vorgetragene.

Wichtig waren natürlich auch die Hilfsprogramme, die zur Unterstützung der Wirtschaft auf den Weg gebracht worden sind. Es war

**Die Notwendigkeit für den tiefgreifenden Wandel ist für uns keine neue Erkenntnis.**

Olaf Scholz, der mit seiner Erfahrung und seiner Kompetenz die richtigen Instrumente für die Wirtschaft entwickelt hat. Es war Hubertus Heil als Arbeitsminister, der mit dem Kurzarbeitergeld genau

das richtige Instrument auf den Weg gebracht hat, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und die Menschen im Job zu halten. Das war das Ziel, und darum haben wir das gemacht.

Spätestens jetzt wird doch allen klar, dass das zweite Seiten einer Medaille sind: auf der einen Seite ein starker, handlungsfähiger Staat und auf der anderen Seite die Wirtschaft. Genau diese Koopera-

tion, dieses gegenseitige Vertrauen ineinander hat dafür gesorgt, dass wir mit der Wirtschaft heute so dastehen.

Wir finden die richtigen Ansätze im Jahreswirtschaftsbericht. Ich freue mich, dass auch die globalen Nachhaltigkeitsziele darin erwähnt worden sind. Genau aus diesem Grund bin ich Mitglied im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung: weil wir die Verknüpfungen in der Politik organisieren. Jetzt sind weitere Investitionen in Infrastruktur, in Bildung, in klimaneutrale Antriebe und Kraftstoffe, aber auch in den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien und den Hochlauf der Wasserwirtschaft zu organisieren. Das wird die Industrie in Deutschland halten, genau das wird unseren Wirtschaftsstandort stabilisieren.

Also: Für uns als SPD ist klar, dass wir an den Coronaprogrammen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Familie und die Wirtschaft so lange festhalten werden, wie es notwendig ist. Sie können sich darauf verlassen, dass für die Menschen in diesem Land die SPD der Partner ist, der sie aus der Krise herausführt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Christian Lindner, FDP:

## Die Angebotsbedingungen für die Wirtschaft verbessern



Christian Lindner (\*1979)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Am letzten Dienstag ist ein Streitgespräch zwischen Minister Altmaier und mir im „Handelsblatt“ erschienen, und in dieser Begegnung hat Herr Altmaier einmal mehr sein wirtschaftspolitisches Wirken und die Wirksamkeit der Hilfen der Bundesregierung gelobt. Die Leserinnen und Leser mussten nur ein paar Seiten weiterblättern, und da

lasen sie den dringenden Appell des Unternehmers Thomas Althoff, der sich um sein Lebenswerk betrogen fühlt, weil Hilfen nicht fließen.

Gestern stellt Peter Altmaier den Jahreswirtschaftsbericht vor, und zeitgleich meldet sich Herr Jerger, der Geschäftsführer des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, zu Wort und spricht davon, diese Bundesregierung befinde sich in einem konjunkturpolitischen Winterschlaf. Heute stellt sich Peter Altmaier hierhin und spricht von einem robusten Wachstum, und heute lesen wir in den Zeitungen vom baden-württembergischen Unternehmer Roland Mack, bei dem gar nichts an Hilfen angekommen ist und der gar keine Möglichkeiten hat, Hil-

fen in Anspruch zu nehmen. Herr Kollege Altmaier, die Wahrnehmung, die Sie haben, und die Realität im Land klaffen immer weiter auseinander. Diese Schere sollten Sie schließen.

Nun sprechen Sie hier tatsächlich von einer robusten Wachstumsperspektive, gar von einem Aufschwung. Herr Altmaier, das mag technisch natürlich stimmen, weil wir bestimmte Branchen haben, die enorme Marktanteile gewinnen – ich denke an den Onlinehandel –, aber die Kehrseite werden wir möglicherweise in einigen Monaten in unseren Innenstädten beobachten können. Wir haben viele Unternehmen, die sich fragen, ob sie überhaupt noch eine Fortsetzungsperspektive haben; denn die

**Es würde in Zukunft noch Betriebe geben und nicht viel mehr Pleiten.**

von Ihnen gerade gerühmte Aufhebung der Insolvenzantragspflicht, das Kurzarbeitergeld, das Hoffen auf Hilfen hält diese Unternehmen noch in einer Schwebelage. Aber die verdeckten Risiken in der Deutschlandbilanz werden von Tag zu Tag größer. Deshalb ist jetzt entschlossenes Handeln erforderlich. Dazu haben wir Ihnen in den vergangenen Monaten wiederholt Vorschläge gemacht: unser Kollege Christian Dürr, glaube ich, schon im April des vergangenen Jahres mit der dringenden Mahnung, den steuerlichen Verlustrücktrag möglich zu machen, das heißt, die Verluste des Jahres 2020 oder 2021 mit der Steuerschuld der Vorjahre zu verrechnen. Herr Altmaier, Sie haben diese Idee heute für sich mit reklamiert und verweisen dann auf die SPD. Man muss also doch öffentlich fragen: Was hält die Sozialdemokratie ab, dieses Instrument einzusetzen? Es bedeutet eine schnelle Liquiditätshilfe für die gesamte Wirtschaft, ohne dass dem Staat irgendeine Einnahme entgeht; denn ansonsten würden die Verluste in die Zukunft getragen.

Der einzige Unterschied ist: Es würde in Zukunft noch Betriebe geben und nicht viel mehr Pleiten.

Mein Kollege Michael Theurer hat bei so vielen Gelegenheiten über Ihre Überbrückungshilfen gesprochen. Die Überbrückungshilfe III, die dem Handel im Dezember helfen sollte, kann man heute, im Januar, noch nicht beantragen, Herr Altmaier. Trotzdem erwähnen Sie sie hier. Also müssen wir doch hier über andere Instrumente nachdenken. Kollege Theurer hat gestern noch vorgeschlagen, mindestens auch rückwirkend zu ermöglichen, sich nicht an Umsatz und Fixkosten usw. zu orientieren, sondern – ganz einfach – das Betriebsergebnis der Vorjahre zur Grundlage zu machen und dann Hilfe unbürokratisch und schnell auszuzahlen.

Mein Kollege Johannes Vogel hat so oft über Soloselbstständige gesprochen, die diese Bundesregierung auf die Hartz IV-Behörde verweist, statt einen Unternehmerlohn auszuzahlen, der im Übrigen nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Sicherung, sondern auch des Respekts wäre.

All das finden wir bei Ihnen gegenwärtig nicht. Heute Morgen lese ich in den Tickern, dass Minis-

Fortsetzung auf nächster Seite

ter Jens Spahn jetzt offen ist für einen Impfpflicht. Wir haben hier im Haus schon länger vorgeschlagen, mit allen Beteiligten an einen Tisch zu kommen und zu schauen, was noch zu retten ist; gestern auch Herr Woidke, der SPD-Ministerpräsident von Brandenburg, heute die Umkehr bei Herrn Spahn. Offensichtlich sind viele Erwartungen, die geäußert worden sind, nicht so eingetroffen.

Es hieß zum Beispiel wochenlang: Nein, kein anderes pharmazeutisches Unternehmen kann BioNTech-Impfstoffe produzieren. – Genau das macht nun Sanofi. Es macht also Sinn, mit der Branche, übrigens auch mit dem niedergelassenen Bereich, mit den Landkreisen zusammenzukommen und zu schauen, wie schneller geimpft werden kann.

Gut, dass es diese Wende bei Herrn Spahn gibt. Herr Altmaier, Herr Scholz, wir würden Sie aber nicht auf Urheberrechtsschutz verklagen, wenn Sie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik auch andere Ideen von uns aufnehmen würden.

Vor allen Dingen – das ist ja klar – brauchen wir eine Perspektive auf Öffnung. Schleswig-Holstein hat nun einen Vorschlag für einen Perspektivplan gemacht, der nach einer klaren Wenn-dann-Regel die Öffnung von Kitas und Schulen, dann auch von Handel und Gastronomie ermöglicht. Ich verhehle nicht: Ich glaube, dass man mit innovativen Maßnahmen wie Luft-

reinigern und dem Einsatz der Bundeswehr und von Freiwilligen noch ambitionierter vorgehen könnte als die Koalition in Kiel. Aber – auch an Sie, Frau Bundeskanzlerin, gerichtet -: Wenn sich eine Koalition von CDU/CSU, Grünen und FDP mit allen Kompromissen auf einen Perspektivplan verständigt, dann ist das richtungweisend für die ganze Republik und sollte es auch für Ihr Handeln im Bund sein.

Und nun schauen wir nach vor-

ne: Wie kommen wir aus der Situation heraus? Es gibt Vorschläge aus der Union, die Schuldenbremse zu modifizieren, also: höhere Schulden mit der Union. Aus der

SPD gibt es den Vorschlag, die Steuern zu erhöhen und auf ein Konjunkturprogramm zu setzen.

Die Grünen haben sich mit ihrem Grundsatzprogramm auf beides verständigt, also: höhere Schulden und höhere Steuern.

Warum versuchen wir es nicht einfach mit einer wachstums- und wirtschaftsfreundlichen Politik -

ohne höhere Schulden auf Dauer, ohne höhere Steuern? Das tut not. Der Kollege Brinkhaus hat vor einer Woche völlig zu Recht gesagt: Im Grunde müsste noch in diesem Sommer gehandelt werden. – Die Europäische Union unterstreicht das, weil sich Deutschland selbst für die Partizipation am EU-Aufbaufonds noch nicht qualifiziert hat wegen der Defizite

bei der Digitalisierung im Bereich Bildung und – höre und staune! – wegen der zu hohen Steuer- und Abgabenlast. Also sollten wir hier ansetzen, und das rasch.

Stattdessen gibt es – damit komme ich zum Schluss – ein buntes Füllhorn – auch heute wieder – von unterschiedlichen Investitionen und Maßnahmen, Programmen und Programmchen hier und dort. Diese Programme haben einen Mangel: Oft genug fließt das Geld nicht ab. Aus dem Konjunkturprogramm, das im vergangenen Jahr mit 10 Milliarden Euro ausgestattet worden ist, sind bis dato erst 800 Millionen Euro abgeflossen. Man kann auch nicht immer sicher sein, dass man auf das richtige Pferd setzt. Wir werden ja sehen, was der Zukunftsantrieb sein wird. Ist es vielleicht der batterieelektrische Antrieb – manches spricht dafür -, oder ist es mindestens teilweise nicht auch der Verbrennungsmotor mit synthetischem Kraftstoff, von dem in Baden-Württemberg viele Arbeitsplätze abhängen, wobei diese Technologie durch die Euro-

7-Norm erschwert wird? Also: Man kann es politisch seitens einer Regierung nicht wissen. Deshalb wäre es sinnvoll, durch Bürokratieabbau, geringere Energiekosten, Entlastung bei den Steuern die Angebotsbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern, damit wir als Investitionsstandort attraktiv werden.

Tagesschau.de schreibt gestern in einem Porträt über den Bundeswirtschaftsminister angesichts seiner vielen Subventionen, Programme und Programmchen, er sei kein Ludwig Erhard. Lieber Herr Altmaier, ich weiß nicht, wie Sie dazu stehen, ob Sie sich selbst in der Tradition von Ludwig Erhard sehen oder nicht; andere tun es nicht. Eines wissen wir aber: Einen Ludwig Erhard, der sich um Standortbedingungen bemüht, den könnte unser Land heute gut gebrauchen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Bruno Hollnagel (AfD))

Dr. Carsten Linnemann, CDU:

## Mit Haushaltskonsolidierung kann man Wachstum schaffen



Carsten Linnemann (\*1977)  
Wahlkreis Paderborn-Gütersloh

Ich habe mir gestern Abend einmal die Zeit genommen und mir den Jahreswirtschaftsbericht des vergangenen Jahres angesehen.

Wir haben uns fast exakt vor einem Jahr hier getroffen und ihn diskutiert. Damals war die Rede von einer fragilen konjunkturellen Lage. Danach kam die Dampfwalze namens Corona. Es war ein exogener Schock, übrigens weltweit. Manchmal habe ich den Eindruck, wenn der eine oder andere hier redet, dass das ein deutsches Problem wäre, dass wir hier irgendetwas gemacht hätten und deshalb hier jetzt diese Probleme haben. Das ist ein exogener Schock – unverschuldet, weltweit auf uns zugekommen. Wir sind,

verdammt noch mal, alle in der Verantwortung, das Beste für dieses Land zu wollen, damit wir da wieder herauskommen. Natürlich konnten wir die Prognosen nicht halten. Die Arbeitslosenzahlen sind gestiegen und nicht gesunken, wie vorgesehen. Wir sind damals von 1 Prozent BIP-Wachstum ausgegangen; jetzt sind es minus 5 Prozent. Aber: Wir haben im letzten Jahr – seit Jahren zum ersten Mal – die Maastricht-Kriterien eingehalten, und zwar nicht nur die 3 Prozent, sondern auch das wichtige Maastricht-Kriterium – für mich das wichtigste -, die Schulden im Verhältnis zum Sozialprodukt auf unter 60 Prozent zu drücken. Es war die Leistung der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren – also nicht nur dieser Bundesregierung, sondern auch der letzten und auch der mit Ihnen, der FDP -, dass wir gezeigt haben: Mit Haushaltskonsolidierung kann man gleichzeitig Wachstum schaffen und dieses Land in die Zukunft führen. Und genau da müssen wir wieder hin. Wenn wir aus dieser Krise erfolgreich herauskommen wollen, brauchen wir Haushaltskonsolidierung, um damit auf den Wachstumsweg zu gehen. Und zusätzlich brauchen wir neben dieser Haushaltskonsolidierung vier

Punkte.

Der erste Punkt sind die Wirtschaftshilfen. Ja, auch ich kriege die Anrufe, lieber Christian Lindner – die kriegen wir alle -, von den Messebauern, von den Friseuren, von den Einzelhändlern, von den Restaurantbetreibern, von allen: Wo bleibt das Geld? – Ja. Aber ich finde es falsch und auch nicht redlich, die Schuld ausschließlich hier beim Bund zu sehen.

Ich komme selbst aus Nordrhein-Westfalen. Ich weiß selbst, was für eine Politik Herr Pinkwart als Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen macht, übrigens eine sehr gute.

Und die Regierung von Armin Laschet war es übrigens auch, die in den letzten Wochen gekommen ist und gesagt hat: Wir müssen die Programme überarbeiten. – Wenn der stationäre Einzelhandel nicht mehr arbeiten kann, dann braucht er Unterstützung, nämlich dass wir die Saisonware als Fixkosten zumindest anteilig anrechnen.

Und dadurch, dass die Nordrhein-Westfalen mit richtigen Argumenten, die die CDU/CSU-

Bundestagsfraktion unterstützt hat, auf uns zugekommen sind, mussten wir dieses Programm überarbeiten, und dadurch zieht es sich immer weiter hin. Am Ende des Tages sind natürlich auch Sie in den Ländern vertreten, auch die Grünen. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Der Friseur, der Einzelhändler, der Messebauer, der Veranstalter, der Eventmanager, der Soloselbstständige, der Kulturschaffende interessiert sich nicht dafür, ob der Bund schuld ist, ob das Land schuld ist oder was auch immer, sondern das Geld muss auf sein Konto. Und deshalb danke, Peter Altmaier!

Die Hälfte ist ausgezahlt, und die andere Hälfte muss jetzt in den nächsten Wochen kommen.

Der zweite Punkt. Wir brauchen eine bessere Verlustverrechnung. Das Konzept

– da hat Christian Lindner völlig recht – ist Marktwirtschaft pur, weil es genau die Unternehmen trifft, die in den letzten Jahren erfolgreich waren.

Und wir dürfen den Zusammenhang nicht aus den Augen verlieren. Die Beschäftigten in Deutschland, der Mittelstand in Deutschland zahlen Steuern, und mit diesen Steuern können wir unsere Infrastruktur, unsere Bildung und vieles mehr finanzieren. Deshalb müssen wir bei diesem Punkt weiterkommen. Herr Scholz, Sie müssen Ihr Veto bei diesem Punkt aufgeben.

Es ist nicht groß haushaltsrelevant, sondern das Geld kommt durch höhere Steuern zurück.

Der dritte Punkt. Ja, wir brauchen eine Perspektive für die Wirtschaft. Die Mutation ist da. Völlig berechtigt ist auch die große Sorge. Trotzdem brauchen wir Pläne, Stufenpläne, damit die Wirtschaft weiß, unter welchen Bedingungen, wenn die Zahlen weiter sinken, wenn die Situation gut ist, sie wann öffnen kann.

Vierter Punkt. Wenn wir wirklich durchstarten wollen, dann müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Die wichtigsten Rahmenbedingungen sind meines Erachtens die Rahmenbedingungen in Bezug auf Digitalisierung, um es ganz konkret zu machen: in Bezug auf Disruption. Digitalisierung ist in Wahrheit Disruption. Die Digitalisierung wird alle alten Geschäftsmodelle auf den Kopf stellen, mit datenbasierten Instrumenten.

Und dafür brauchen wir junge Menschen mit Gehirnschmalz, mit Lust auf Zukunft, die sagen, sie wollen ihre Idee umsetzen, ihre Ziele, ihre Projekte, ihre Vision. Und die müssen die Rahmenbedingungen haben, dass dies funktioniert, beispielsweise durch eine Gründerschutzzone, indem wir sagen: In den ersten ein, zwei Jahren müssen sich junge Menschen auf ihr Geschäftsmodell konzentrieren und nicht auf Bürokratie. Und wenn wir nach zwei, drei Jahren sehen, es funktioniert gut, dann rollen wir das in Deutschland aus. – Das ist nachhaltige, zukunftsorientierte Politik, und darauf müssen wir uns jetzt verständigen. Das

**Die Digitalisierung wird alle alten Geschäftsmodelle auf den Kopf stellen.**

Ganze funktioniert nur – und da schließt sich der Bogen –, indem wir an der Haushaltskonsolidierung festhalten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht zu der Schuldenbremse, weil die Schuldenbremse das entscheidende Disziplinierungsin-

strument ist, damit auch wir uns an Regeln halten, damit wir nachhaltig auch im Lichte dessen, was die nächsten Generationen noch brauchen, nämlich Spielräume, Politik machen können. Und deswegen halten wir an der Schuldenbremse fest.

Das ist übrigens auch im europäischen Kontext wichtig. Deutschland muss weiter Vorbild in Sachen Haushaltskonsolidierung bleiben. Europa darf nicht auf Schulden oder billigem Geld aufgebaut sein, sondern muss erstens auf Stabilität, zweitens auf

Solidität und drittens auf gemeinsamen Regeln basieren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jan Korte (DIE LINKE): Friedrich-Merz-Ähnlichkeitswettbewerb! Merz ist auf-erstanden! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Das ist ja unfassbar!)

Klaus Ernst, Die Linke:

## Ich bin nicht der Erste, der von Krisenproduktion spricht



Klaus Ernst (\*1954)  
Landesliste Bayern

Herr Linnemann, jetzt habe ich einmal eine Frage. Wollen auch Sie Wirtschaftsminister werden? Da haben wir nämlich schon einen bei euch, der das will.

Ich hatte eher den Eindruck, da hat ein Herr Merz gesprochen. Ich wundere mich, warum alle den Job vom Altmaier wollen. Viele fühlen sich berufen, nur wenige sind geeignet, kann ich da nur sagen. Meine Damen und Herren, es ist eine dramatische Lage. Der Wirtschaftsbericht macht es nur zum Teil deutlich. Wir haben 3 Prozent Wachstum prognostiziert, Herr Altmaier. Ob das wirklich so kommt, hängt an der Pandemie, daran, ob wir sie in den Griff bekommen oder nicht; es sind tönernen Füße. Wir wissen, dass wir 3,6 Milliarden Euro täglich für den Lockdown brauchen. Und jetzt kommt das eigentlich Dramatische: Frau Merkel spricht inzwischen von einer Naturkatastrophe, andere sprechen von Schock. Meine Damen und Herren, nur durch ein rasches Impfen von 70 Prozent der Bürger – nicht nur bei uns, sondern eigentlich der Welt – können wir diese Pandemie bekämpfen. Wir haben auch deshalb zu wenig Impfstoff, weil die unter normalen Bedingungen sinnvollen Regelungen zum Patentschutz ein Hochfahren der Produktion behindern. Ich weiß nicht, ob Sie sich vorgestern das „Handelsblatt“ angeguckt haben. Laut „Handelsblatt“ beklagt die indische Regierung weltweite Verzögerung in den Impfprogrammen wegen

mangelnder Impfdosen, während gleichzeitig geeignete Produktionsanlagen in vielen Ländern nicht genutzt werden könnten – weil das geistige Eigentum an den Impfstoffen geschützt sei. Wir haben also Regelungen, die verhindern, dass wir aus dieser Pandemie herauskommen, Herr Altmaier und Frau Merkel.

Und da muss man doch mal darüber nachdenken, ob wir nicht die Bremsen lösen wollen, damit wir dort vielleicht ein Stück weiterkommen. Ich bin nicht der Erste, der vom Krieg gegen das Virus spricht. Ich bin auch nicht der Erste, der von Krisenproduktion

spricht. Das war der FDP-Chef Lindner; er sagt ab und zu auch mal was Richtiges. Meine Damen und Herren, und da er ausnahmsweise mal recht hat: Wir sind nicht im Normalbetrieb, Frau Bundeskanzlerin, Herr Altmaier. Es muss alles unternommen werden, um möglichst rasch und so viel wie irgend möglich dieser Impfstoffe zu produzieren und zugänglich zu machen.

Die sonst richtigen Regeln der

**Es ist eine dramatische Lage. Der Wirtschaftsbericht macht es nur zum Teil deutlich.**

freien Marktwirtschaft richten sich jetzt gegen die Interessen der Menschheit. Diese Krise ist persönlich und wirtschaftlich nur zu überwinden, wenn wir das ändern. Ich appelliere an Sie: Setzen Sie bitte diese Regelungen zum Patentschutz aus und greifen Sie in die Vergabe von Lizenzen ein! Wir haben genug Kapazitäten auf dieser Welt, dass wir möglichst rasch tatsächlich alle durchimpfen könnten. Da muss man aber sozusagen den Stecker reinstecken, sodass auch die Kapazitäten genutzt werden können.

Und eine letzte Bemerkung, Herr Altmaier, zu diesen 40 Prozent als Deckelung der Kosten für Sozialabgaben. Sie sagen, es sei ein Weg aus der Krise. Sie haben gestern im Ausschuss ge-

sagt: Ja, wir machen das deshalb, damit wir so lange die Lohnkosten billig halten; dann gibt es nicht so viel Rationalisierung, weil die Unternehmen dann statt Maschinen lieber Arbeit nehmen. – Herr Altmaier, wissen Sie, das Pferd wäre auch dann vom Traktor ersetzt worden, wenn es versprochen hätte, weniger zu fressen und zu saufen. Und genau das ist der Zusammenhang:

Wir brauchen für mehr Beschäftigung andere Lösungen als die, die Sie vorschlagen.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Sie hätten den Traktor verhindert aus ideologischen Gründen! Bei Ihnen würden wir immer noch reiten!)

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis/90 Die Grünen:

## Der Staat muss mehr investieren



Anton Hofreiter (\*1970)  
Landesliste Bayern

Wahrscheinlich war in einer Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht nie so eindeutig, was die Prioritäten für die nächsten Wochen und Monate sein müssen.

Die erste Priorität ist, alles, aber auch wirklich alles dafür zu tun, die Impfgeschwindigkeit zu beschleunigen. Es gibt aktuell für unser Land, für Europa, ja, für die ganze Welt keine wichtigere Aufgabe.

Angesichts der enormen Kosten des Lockdowns ist die beste Wirt-

schaftspolitik, alle Ressourcen zu mobilisieren, um endlich ausreichend Impfdosen zu produzieren. Jeder Monat im Lockdown kostet uns 10 Milliarden Euro, 500 Millionen Euro pro Arbeitstag, und das nur für Deutschland. Wir müssen jetzt klare Signale für eine maximale Ausweitung der Produktionskapazitäten setzen, und dies am besten global. Aber Europa muss da sofort vorangehen. Wir können in den nächsten Monaten, vielleicht Jahren gar nicht genug Impfstoff haben, zumindest global nicht.

Klar ist angesichts der gefährlichen Mutationen mehr denn je, dass wir Covid-19 erst besiegt haben, wenn wir Covid-19 weltweit besiegt haben. Dafür müssen wir jetzt massiv Finanzmittel zur Verfügung stellen. Wir können eigentlich, wenn man ehrlich ist, dafür kaum zu viel Geld ausgeben. Dafür müssen wir jetzt ideologiefrei jedes Instrument prüfen. Kooperation hat natürlich Vorrang. Aber auch verpflichtende Vergaben von Lizenzen müssen jetzt auf den Tisch. Dafür braucht

es eine globale Taskforce bei der G 20. Mit der neuen Biden-Regierung sind die Chancen dafür so gut wie lange nicht.

Leider habe ich Zweifel, dass Sie, liebe Bundesregierung, das mit dem nötigen Nachdruck verfolgen. Anfang Januar hat die Kanzlerin endlich eine Arbeitsgruppe dazu eingesetzt. Seitdem hat man davon nichts mehr gehört. Ich kann Sie nur aufordern: Machen Sie das zur allerhöchsten Priorität! Folgen Sie der Devise „Whatever it takes“!

Und auch die zweite Priorität ist eigentlich klar: eine stringente Pandemiebekämpfung. Wieder wird der Widerspruch zwischen Pandemiebekämpfung und Wirtschaft bemüht. Und kaum sinken die Zahlen, rufen die Ersten schon wieder nach Lockerungen. Das ist falsch und vorschnell. Die Wirtschaft braucht nachhaltige Locke-

**Lasst uns die Schuldenbremse beibehalten, aber sinnvoll weiterentwickeln.**

rungen, keine voreiligen. Denen geht es um Verlässlichkeit, um Planbarkeit, um eine Perspektive. Wenn wir zu früh lockern, dann haben wir doch in kürzester Zeit wieder Zahlen, die völlig außer Kontrolle geraten sind. Das haben wir doch inzwischen in Dutzenden von Ländern weltweit erlebt. Deshalb: Lassen Sie uns noch einige Wochen klar auf Kurs bleiben!

Damit das klar ist: Eine Beibehaltung des Shutdowns darf keine Ausrede sein, anderes nicht zu tun. FFP2-Masken für alle zu günstigen Preisen, endlich Luftfilter in den Schulen, die Digitalisierung der Gesundheitsämter voranbringen und massenhaft Schnelltests strategisch einsetzen: All das muss jetzt kommen, schnell und mit Nachdruck.

Drittens. Sorgen Sie endlich für eine schnellere Auszahlung der Hilfen! Sorgen Sie endlich für eine echte Existenzsicherung für Selbstständige! Und sorgen Sie endlich für ein Mindestkurzarbeitergeld!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz alledem bleibe ich Optimist: Wir werden diese Pandemie dank Wissenschaft, dank mo-

Fortsetzung auf nächster Seite

dernster Technologie in diesem Jahr in den Griff bekommen. Danach steht unser Land vor weiteren großen Herausforderungen: Klimaneutralität, Digitalisierung, der Wettbewerb mit China, die neue Zusammenarbeit mit den USA, die Modernisierung unserer Infrastruktur und Verwaltung. Das Jahrzehnt nach dieser Pandemie muss eine Dekade des Aufbruchs, eine Dekade der Gestaltung und der Modernisierung werden. Dazu

brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung von Staat, Wirtschaft, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der gesamten Gesellschaft. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, private, aber auch öffentliche.

Der Staat muss mehr investieren in Breitband, in Quantencomputer und Spitzenforschung, in neue Schienen, in Ladesäulen, Wasserstoffinfrastruktur, in Schulen und Kitas. Die Rufe danach aus der In-

dustrie, aus der Gewerkschaft sind laut und eindringlich. Hören Sie endlich darauf!

Ihr Kanzleramtsminister Helge Braun hatte am Dienstag in Ihren Augen die Unverschämtheit, eine offenkundige Wahrheit auszusprechen. Wir werden nach der Coronapandemie und angesichts dieser Herausforderung nicht einfach zur alten Schuldenbremse zurückkehren können. Ich kann ja verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen

von der Union, dass kurz vor dem Wahlkampf Ihnen das recht ungelogen kam. Aber ich bitte Sie: Lassen Sie uns eine offene, eine an der Sache orientierte Debatte dazu führen. Eine Vielzahl von Ökonomen, die Experten der OECD, die Gewerkschaften, die Industrie, sie alle sagen: Lasst uns die Schuldenbremse beibehalten, aber sinnvoll weiterentwickeln.

Wir schlagen dazu eine Investitionsregel vor. Das ist nachhaltige

Haushaltspolitik und eine ganzheitliche Betrachtung auf der Höhe der Zeit. Lassen Sie uns das gemeinsam anpacken, getreu dem Motto: „Erst kommt das Land und dann das Partei- oder Fraktionsdogma“!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gabriele Katzmarek, SPD:

## Uns ist es wichtig, dass wir ein stabiler Industriestandort bleiben



Gabriele Katzmarek (\*1960)  
Landesliste Baden-Württemberg

wirtschaftlichen Prognosen und die Arbeitsmarktlage besser sind, als die Wirtschaftsexpertinnen und -experten es vorausgesehen haben, dass zweitens Wirtschaftshilfen in nie gekanntem Ausmaß, Investitionen in Forschung und Entwicklung die Auswirkungen der Krise gemildert haben und dass drittens ein starker Sozialstaat sich als der stabile Faktor in der Krise bewährt hat.

Es hat sich als richtig und notwendig erwiesen, nicht gegen eine Krise anzuspüren, indem man Sozialleistungen kürzt; es ist richtig, in Sozialleistungen zu investieren.

Wir haben es zum Beispiel beim Kurzarbeitergeld getan; Hubertus Heil, der Arbeitsminister, sitzt dort. Wenn wir es nicht getan hätten, wenn wir kein Kurzarbeitergeld haben würden, hätten wir – das wissen wir – viele Millionen Menschen mehr in die Arbeitslosigkeit gebracht.

**Wir haben darüber schon öfter diskutiert, und da sehe ich Defizite.**

Ist das jetzt ein Grund, sich zurückzulehnen und zu sagen: „Ist ja alles gut“? – Nein, ist es bei Weitem nicht. Wir erinnern uns sehr genau an die Schwächen des letzten Jahres: fehlende Masken, fehlende Beatmungsgeräte. Und seit Neustem: fehlende Halb-

leiter in der Automobilindustrie. Ich habe sehr viele Automobilwerke bei mir im Wahlkreis, deren Bänder jetzt im Augenblick stillstehen.

Deshalb müssen wir doch eins feststellen: Die große Abhängigkeit von globalen Märkten in Deutschland und in Europa beschleunigt Krisen. Deshalb müssen wir genau dort hinschauen, Herr Altmaier, wenn wir die Zukunft unseres Standortes, des Industriestandortes sichern wollen und wenn wir Arbeitsplätze sichern wollen, wie Sie das ja auch gestern wieder im Wirtschaftsausschuss gesagt haben.

Uns als SPD ist es wichtig, dass Deutschland ein stabiler Industriestandort bleibt, dass wir das Land der Industrie bleiben. Deshalb müssen wir alles daransetzen, dass Liefer- und Wertschöpfungsketten in Deutschland und in Europa erhalten werden bzw. aufgebaut werden. Es darf die Schwachstellen, die ich benannt habe, nicht geben, Herr Altmaier. Wir müssen sie als Erstes identifizieren. Wir müssen darüber reden

und uns anschauen: Was haben wir für Produktion? Was brauchen wir für die Produktion? Ist die Lieferung schwierig? Brauchen wir eine eigene Produktion, die wir aufbauen müssen? Nehmen Sie gerade den Bereich Arzneimittel in der Gesundheitswirtschaft! Das will ich Ihnen noch mal ans Herz legen. Auch das ist Ihre Aufgabe als Wirtschaftsminister. Wir haben darüber schon öfter diskutiert, und da sehe ich Defizite.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn wir den Standort Deutschland auch in der Zukunft stark erhalten wollen, wenn wir Arbeitsplätze erhalten wollen, brauchen wir einen Blick in die Zukunft, brauchen wir Handeln für die Zukunft. Das heißt, sich um Wertschöpfungsketten, um Lieferketten zu kümmern und Antworten zu geben. Da sind Sie gefordert, Herr Minister.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich die circa 160 Seiten des Jahreswirtschaftsberichts kurz zusammenfassen wollte, dann würde ich das in drei Punkten tun. Ich würde feststellen, dass erstens die

Steffen Kotré, AfD:

## Wir vermissen hier ein Zukunftskonzept, das umfassend ist



Steffen Kotré (\*1971)  
Landesliste Brandenburg

sehe nichts, was wirklich zukunftsweisend sein könnte. Sie behandelten heute in Ihrer Rede Probleme, die wir ohne das falsche Handeln der Bundesregierung nicht hätten; denn nicht die Coronapandemie ist schuld daran, dass die Wirtschaft jetzt Schwierigkeiten hat, sondern schuld sind die falschen Maßnahmen, die die Wirtschaft behindern. Das ist das Problem, und das ist redlicherweise der Bundesregierung zuzurechnen.

Herr Minister Altmaier, Sie handeln wie ein Alchimist. Sie verkaufen uns die Schaffung zukunfts-fähiger Arbeitsplätze, obwohl diese hochsubventioniert sind. Sie verkaufen uns Marktwirtschaft, obwohl wir immer weiter in die Planwirtschaft abgleiten. Sie ver-

kaufen uns Wachstum, obwohl wir schon längst vor Corona in die Rezession geschlittert sind. Sie verkaufen uns die sogenannten Klimarettungsmaßnahmen und die sogenannte Energiewende als Chance, obwohl diese Werte vernichten, obwohl diese keine Werte schaffen und obwohl die Unternehmen dadurch aufgrund der Versorgungsunsicherheit und der hohen Energiepreise aus Deutschland vertrieben werden. Noch ein Detail: Sie wollen uns einen mit Wasserstoff produzierten Stahl als wettbewerbsfähig verkaufen, obwohl genau das Gegenteil der Fall ist. Sie verkaufen uns Nachhaltigkeit, obwohl die mittlerweile aufgelaufenen Verpflichtungen Deutschlands Substanzverzehr und Raubbau bedeuten.

Die Stiftung Marktwirtschaft beziffert die Nachhaltigkeitslücke, also die Verpflichtung des deutschen Staates gegenüber den deutschen Bürgern und dem Ausland, auf 345 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das war im Sommer 2020; die Zahl hat sich erhöht -, also auf das Dreieinhalbfache der jährlichen gesamtwirtschaftlichen Leistungen. Wie wir wissen, kann davon immer nur ein ganz kleiner Teil für die Tilgung von Schulden und die Erfüllung von Verpflichtungen herangezogen werden. Wir werden also die Verpflichtungen vermutlich nie erfüllen können. Die Konsequenz wird sein: Inflation und Enteignung der Bürger und der Unternehmen in diesem Staat, am Ende ein Schreckensszenario. Geben Sie uns einen anderen Ausweg. Das wäre sehr schön. Ich sehe ihn aber nicht. Auf 11,9 Billionen Euro be-

**Es ist unwürdig für unsere Industrienation, dass wir das nicht selber hinbekommen.**

laufen sich die Verpflichtungen. Wie wollen wir die denn schultern? Das ist die ganz große Frage. Und die Realität sieht eben traurig aus.

Die Bundesregierung, Sie, Herr Minister Altmaier, vertreiben die Zukunft aus Deutschland. Die Autoindustrie beispielsweise – jahrzehntelang Rückgrat der deutschen Wirtschaft – hat Millionen Arbeitnehmer in Lohn und Brot gebracht, und ohne Not wird dieser Industriezweig jetzt abgebaut, der Verbrennungsmotor verteuert. Das kostet uns, laut Ihren eigenen Beratern, bis zu 410

000 Arbeitsplätze. Anstatt Lieferketten und die Rohstoffbasis der deutschen Industrie zu sichern, beschäftigt sich die Bundesregierung lieber mit Quoten, mit Genderquatsch und mit Haftbarmachung deutscher Unternehmen für Fehler ausländischer Unternehmen. Da-

Sie und die Bundesregierung vertreiben die Zukunft aus Deutschland. Das muss man leider so sagen.

Den vorliegenden Bericht können wir getrost zur Seite legen. Ich

ran kann man sehen, wo die Prioritäten dieser Bundesregierung liegen, und die sind grundfalsch. Wir vermissen hier ein Zukunftskonzept, das umfassend ist. Dahin sollte sich die Bundesregierung bewegen, damit wir Deutschland strukturell fit machen.

Wir haben es an Ihrer Rede gesehen, Herr Altmaier: Sie haben sich mehr mit den selbstgemachten Schäden beschäftigt als mit zukunftsweisenden Technologien.

Daran müssen wir arbeiten. Als Beispiel: Es fehlen jetzt in unserem Land Mikrochips für unsere

Autobauer. Sie mussten einen Brief nach Taiwan schreiben. Sie mussten also in Taiwan betteln, dass unsere Volkswirtschaft beliefert wird. Das ist unserer Volkswirtschaft nicht würdig. Es ist unwürdig für unsere Industrienation, dass wir das nicht selber hinbe-

kommen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung vertreibt die Zukunft aus Deutschland. Wir sollten diesen vorliegenden Bericht einfach beiseitelegen, die Ärmel hochkrepeln und die Probleme strukturell angehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Genau, völlig einfach! Ärmel hochkrepeln und los geht's! Dann ist die Zukunft wieder da! Das war so schlecht!)

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU:

## Unsere Idee ist, dass wir mehr bauen



Joachim Pfeiffer (\*1967)  
Wahlkreis Waiblingen

Der Jahreswirtschaftsbericht ist in der Tat immer eine Gelegenheit, zurückzublicken auf das, was im letzten Jahr gut gelaufen ist oder wo man sich verbessern kann, und er bildet immer auch den Auftakt der Debatte darüber, was im kommenden Jahr angepackt werden soll.

Fast genau vor einem Jahr, am 30. Januar letzten Jahres, haben wir hier den Jahreswirtschaftsbericht 2020 diskutiert. Es ging darum: Haben wir jetzt 1 Prozent Wachstum oder 1,1 Prozent oder 1,2 Prozent? Der Kollege Theurer hat die Kurzarbeit heraufbeschworen und gesagt, die Zahlen seien explodiert, in einzelnen Sektoren hätten sie sich verzehnfacht. Ich habe mir die Zahlen noch mal angeschaut: Sie sind in der Tat von Januar 2019 bis Januar 2020 von 354 000 auf 382 000 gestiegen. Das war damals viel. Aber sechs Wochen später – Carsten Linneemann hat es angesprochen – hatten wir den Lockdown. Weitere sechs Wochen später waren nicht 400 000, sondern über 6 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Deshalb ist, glaube ich, klar, vor welcher Herausforderung wir stehen und von welchen Dimensionen wir reden.

Die Politik hat gehandelt – gemeinsam gehandelt. Ich glaube, man sollte vielleicht etwas demütiger sein; denn wir haben im letzten Jahr erlebt, dass es nicht nur in unserer Hand liegt, was auf uns zukommt. Damit müssen wir umgehen.

Wir haben gemeinsam ein Viertel bis ein Drittel des Sozialprodukts 1,2 Billionen Euro, 1 200 Milliarden Euro – ins Schaufenster gestellt, um zu helfen, um mit Soforthilfen eine Brücke für die Wirtschaft zu bauen und um die Sozialsysteme am Laufen zu halten. Und wir können sagen: Es ist erfreulich, dass bis heute, anders als in vielen anderen Ländern in der Welt, die Arbeitslosigkeit bei uns nicht explodiert ist. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist leicht zurückgegangen, und insgesamt gab es Gott sei Dank keine sozialen Verwerfungen oder anderes. Das ist gut und erfreulich.

Aber darauf können wir uns nicht ausruhen, weil es und das ist heute in der Debatte noch nicht angesprochen worden in anderen Teilen der Welt, in anderen Ländern, trotzdem obwohl auch die sich in der Coronakrise befinden und obwohl diese dort sogar begonnen hat – weiter vorangeht. Während wir in Deutschland im Jahr 2020 ein Wirtschaftswachstum von minus 5 Prozent haben, gibt es in China 2,3 Prozent Wachstum. Während wir in Deutschland 9,9 Prozent weniger exportiert haben, hat China im letzten Jahr 3,6 Prozent mehr exportiert. Während wir 8,6 Prozent weniger importiert haben, wurde in China nur etwa 1 Prozent weniger importiert. Während wir in Deutschland im Moment weniger als 20 Prozent des Fluggastaufkommens von vor einem Jahr haben, lag es in China im September/Oktober wieder bei 100 Prozent, und im Moment liegt es bei ungefähr 80 Prozent; das hängt natürlich auch mit dem größeren Binnenmarkt, der Größe des Landes und anderen Faktoren zusammen, keine Frage.

Das heißt auch das gehört zur Wahrheit dazu: In China geht es voran, und wir rudern im Moment zurück. Deshalb müssen wir schnell und entschieden gemeinsam handeln, damit es keine weiteren Fesseln mehr gibt; wir müssen entfesseln. Und deshalb ist das, was der Koalitionsausschuss

beschlossen hat, nämlich ein Belastungsmoratorium, zwingend einzuhalten.

Zu diesem Belastungsmoratorium gehören ich sage das noch mal für unsere Fraktion in aller Deutlichkeit keine Steuererhöhungen. Die wären jetzt in der Krise Gift für Wachstum und Beschäftigung, und sie wären es auch nach der Krise.

Es gehört aber auch dazu, dass wir hier in Deutschland kein Lieferkettengesetz mit privatrechtlicher Haftung machen. Das hilft nicht der Einhaltung der Menschenrechte, sondern im Gegenteil wir hatten es in der letzten Debatte schon: Es führt beispielsweise in Afrika dazu, dass unsere Unternehmen verdrängt werden und andere dann das Geschäft machen, und zwar zu schlechteren Bedingungen, als es bei uns der Fall ist. Wir brauchen auch kein Umwandlungsverbot im Baulandmobilisierungsgesetz, weil damit das Gegenteil eintritt: Es werden weniger Wohnungen gebaut. Auch das ist wieder schädlich und greift das Eigentum an.

Wir brauchen in der Tat auch in der Zukunft solide Finanzen. Herr Hofreiter, ich meine, man kann

sich doch anschauen da müssen wir uns gar nichts Neues einfallen lassen: 2008/2009 war zu beobachten, wie die Importe und die Exporte sogar noch weiter zurückgingen, als das jetzt der Fall ist, wie die Wirtschaft nach unten ging und wir in einer schwierigen Situation waren.

Es war klug und richtig, danach entsprechend solide zu wirtschaften, die Ausgaben stabil zu halten und entsprechend Wachstum zu generieren,

Dynamik auszulösen, was wir auch jetzt tun, damit wir mehr Steuereinnahmen haben, um entsprechend zu handeln. In der Tat: Es gibt die Exekutive, und es gibt die Legislative. Ich glaube, es war einer Ihrer Fraktionsvorsitzenden, der mal gesagt hat: Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es in den Bundestag hineinkommt. Das wird auch für das Baulandmobilisierungsgesetz gelten. Denn unsere Idee und unsere Vorstellung ist, dass wir mehr bauen, dass wir zum Eigentumserwerb ermutigen und nicht Hürden aufbauen, die dazu führen, dass im Ergebnis weniger gebaut wird, dass Eigentum gefährdet wird; das ist die falsche Antwort auf die Probleme. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass dieses Baulandmobilisierungsgesetz nicht so ins Gesetzblatt kommt, wie es im Moment als Vorschlag vorliegt.

Um was geht es? Es geht darum leider bleibt nicht mehr viel Zeit; auch bei mir geht die Uhr relativ schnell voran, eine Dynamik im

Bereich des Handels auszulösen. Das sage ich auch noch mal an den Koalitionspartner gerichtet: Wir hatten kürzlich eine Debatte und eine Anhörung im Wirtschaftsausschuss zu Freihandelsabkommen, zur Ratifizierung von CETA und anderem. Dort hat der frühere Außen- und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gesagt: Wenn wir es nicht mal mehr schaffen, mit einem Land wie Kanada, das in vielen Bereichen europäischer ist als mancher Mitgliedstaat der Europäischen Union, ein umfassendes, vorbildliches Freihandelsabkommen abzuschließen, mit wem sollen wir es dann noch machen? Wenn wir sehen, wie es in China und anderen Regionen der Welt vorangeht, dann müssen wir hier alles geben, dass in freien Märkten entsprechendes Wachstum generiert wird; das ist unsere Aufgabe.

Wir wollen Dynamik auslösen und lösen das aus mit mehr Wagniskapital bei Start-ups. Planungs- und Genehmigungsverfahren, Digitalisierung dauerhaft beschleunigen, Umlagebefreiung bei Wasserstoff, 5G-Campusnetze: Ich hatte mir vorgenommen, noch vieles zu sagen; aber, wie gesagt, die Zeit ist schneller vorangeschritten.

Wir werden auf jeden Fall diese Dynamik nutzen müssen, damit auch wir wieder nach vorne rudern und nicht zurück. Damit die Lücke zu anderen in der Welt nicht größer wird, sondern kleiner, dafür lassen Sie uns gemeinsam kämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Wir sitzen in einem Boot!)

**Es ist erfreulich, dass bis heute die Arbeitslosigkeit bei uns nicht explodiert ist.**



Bau einer Wohnanlage in Berlin

© picture-alliance/dpa-Zentralbild / Ralf Hirschberger

Thomas Lutze, Die Linke:

## Viele kleine Unternehmen stehen vor einem Scherbenhaufen



Thomas Lutze (\*1969)  
Landesliste Saarland

Die Krise zeigt, dass sich in der Wirtschaft vieles verändert hat. Viele Selbstständige und kleine Unternehmen stehen vor einem Scherbenhaufen. Wenn ihre Märkte zusammenbre-

chen und Selbstständige unverschuldet in Existenznot geraten, dann geht das nicht ohne die Solidarität der Gesellschaft. Langfristig helfen hier keine Hilfszahlungen: Wir brauchen eine echte Arbeitslosenversicherung auch für Selbstständige und Unternehmer.

Generell ist eine armutsfeste Absicherung aller Menschen notwendig. Sieht man, dass Menschen in Hartz IV, Obdachlose und Geringverdiener besonders betroffen sind, dann muss man ihnen einen Zuschlag von mindestens 100 Euro gewähren; damit wäre ihnen geholfen.

Dieses Geld fließt eins zu eins in die Wirtschaft zurück, weil damit direkt konsumiert wird. Das zu verweigern, ist nicht nur unsolidarisch; es ist auch wirtschafts-

feindlich.

Sie haben uns jahrelang gebetsmühlenartig erklärt und heute wieder, wie wichtig die schwarze Null sei. Das hat schon fast religiöse Züge. Da wäre es doch eine gute Idee, wenn Sie den Gedankenblitz des Kanzleramtsministers Braun aufgreifen würden, der die schwarze Null zumindest kurzfristig infrage gestellt hat.

Also geben Sie sich doch mal einen Ruck! Die schwarze Null ist weder in der Krise noch danach ein geeignetes wirtschaftspolitisches Instrument.

Nächster Punkt. Wie kann es

sein, dass die Wirtschaft im Frühjahr 2020 wochenlang nicht in der Lage war, einfache medizinische Schutzmasken herzustellen? Wurden da aus Profitgründen lebenswichtige Produktionen ins Ausland verlagert? Den Leuten hat man erklärt, dass sie sich die Masken selber nähen können. Nun taugen auf einmal diese selbstgenähten Masken nichts mehr. Damit wird auch Vertrauen verspielt. Deshalb gibt es jetzt nur eins: Verteilen Sie die schützenden Masken an alle und das kostenlos! Im Vergleich zu den Gesamtkosten der Pandemie sind das Peanuts, sehr geehrte Damen und Herren.

Gesundheit ist auch so ein Wirtschaftsbereich, der an seine Grenzen gestoßen ist. Viele Krankenhäuser wurden kapitalmarktorientiert ausgerichtet. Sie müssen 6 bis 8 Prozent Rendite erwirtschaften. Wir brauchen aber Krankenhäuser, die gemeinwohl-

orientiert arbeiten. Deshalb gehören alle Krankenhäuser in öffentliche Trägerschaft.

Eine der wichtigsten Fragen ist aber: Wer bezahlt die Folgen der Krise? Fest steht, dass Konzerne wie Amazon genau durch diese Krise ihr Vermögen vervielfachen. Der aktuelle Oxfam-Bericht sagt, dass der Spalt zwischen Arm und Reich immer größer wird. Da ist es doch nur logisch, dass die Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden. Die Linke fordert, diese Herrschaften an den Kosten finanziell zu beteiligen. Die oberen Zehntausend werden es verkraften, wenn man ihren unbeschreiblichen Reichtum ein ganz kleines bisschen begrenzt. Doch das setzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, Mut voraus, der der Mehrheit hier im Bundestag fehlt.

Vielen Dank und herzliches Glück auf.

**Es ist doch nur logisch, dass die Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden.**

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Christian Petry (SPD))

Timon Gremmels, SPD:

## Nachhaltige Industriepolitik gemeinschaftlich voranbringen



Timon Gremmels (\*1976)  
Wahlkreis Kassel

Herr Altmaier, Sie sind ja nicht nur Wirtschaftsminister, Sie sind auch Energieminister, und zu diesem Punkt haben Sie im Jahreswirtschaftsbericht und hier heute gar nichts gesagt oder haben ihn allenfalls gestreift. Ich finde, das ist zu wenig.

Beim Thema E-Mobilität gebe ich Ihnen recht, was die Ansiedlung von Instituten zur Batteriezellenforschung und Produktion hier angeht. Das ist gut; das ist Wirtschaftspolitik. Aber die entscheidende Frage bei der E-Mobilität ist doch: Woher kommt der Strom, den die E-Fahrzeuge tanken? Der muss aus erneuerbaren Energien kommen. Herr Altmaier, dazu haben Sie gar nichts gesagt.

Man könnte jetzt sagen: Wir haben eine andere Krise, die Priorität hat, die Coronakrise, die Pandemiekrise. Das ist richtig. Aber deswegen verschwinden andere Krisen ja nicht. Die Klimakrise ist trotzdem noch da. Wir haben jetzt die einmalige Chance, beide Krisen zeitgleich zu bearbeiten. Sehr geehrter Herr Altmaier, liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss doch unsere Aufgabe sein. Wenn wir jetzt investieren, müssen wir nachhaltig investieren. Das sichert Arbeitsplätze. Das schafft gute Jobs.

Herr Altmaier, Sie haben gerade gesagt: Wir können uns Umweltschutz nur leisten, wenn es der Wirtschaft gut geht. Das ist zu kurz gedacht. Nur mit nachhaltiger Umweltpolitik, nur mit nachhaltiger Industriepolitik können wir zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, die uns aus der Krise holen. Dazu brauchen wir jetzt im Nachgang zum EEG eine schnelle Umsetzung des Entschließungsantrags der Großen Koalition. Wir müssen jetzt die Ausbaupfade für erneuerbare Energien klar durchdeklinieren.

Wir können zum Beispiel in der Photovoltaik, die eine große Akzeptanz in der Bevölkerung hat, einen Zubau von 10 bis 12 Gigawatt pro Jahr schaffen. Das schafft

Arbeitsplätze, auch in Deutschland. Ein Blick in meinen Wahlkreis in Nordhessen zeigt Folgendes: Eine Studie der Uni Kassel hat die Investitionen in erneuerbare Energien von 2000 bis 2018 in Nordhessen untersucht. Es waren 4,4 Milliarden Euro in 18 Jahren. 43 Prozent der Kosten sind in der Region geblieben. Das heißt, es ist vor Ort eine Wertschöpfung von knapp 2 Milliarden Euro geschaffen worden. Das ist nachhaltige Industriepolitik, wie wir Sozialdemokraten sie uns vorstellen, Herr Altmaier. Da muss die Koalition

noch ein bisschen mehr machen.

Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, zu sagen: Wir investieren auch wieder verstärkt in die Modulproduktion von Solarzellen. Es gibt Ansätze in Sachsen und Sachsen-Anhalt, eine industrielle Produktion aufzubauen. Diese könnten 3 000 Arbeitsplätze schaffen. Wenn wir einen CO2-Fußabdruck für Solarzellen vergleichbar mit dem der Franzosen einführen, können wir die Wertschöpfung in Deutschland halten. Das übrigens soll ja ab Mitte der 2020er-Jahre für die Batteriezellen kommen. Was für Batteriezellen gilt, muss auch für Module gelten. Das ist nachhaltige Industriepolitik.

Unser abschließender Appell lautet: Lassen Sie uns nachhaltige Industriepolitik und die Bekämpfung der Coronakrise gemeinschaftlich voranbringen. Beides können wir zeitgleich leisten. Das

wäre wichtig für die deutsche Wirtschaft, für die Umwelt und für die nachhaltige Industrie. So bewältigen wir die Krisen, so lösen wir die Probleme.

In diesem Sinne: Glück auf und alles Gute.

(Beifall bei der SPD – Christian Lindner (FDP): Glück auf! Das passt ja zu den erneuerbaren Energien! – Gegenruf der Abg. Gabriele Katzmarek (SPD): Sie verstehen es nicht mit „Glück auf“!)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU) sowie Dennis Rohde (SPD).



Das Baugewerbe ist bisher gut durch die Corona-Krise gekommen. © picture-alliance/dpa/Eibner-Pressefoto/Thomas Dinges



leicht  
erklärt!

# Bericht über die deutsche Wirtschaft

## Was ist der Jahres-Wirtschafts-Bericht?



### Einleitung



Im folgenden Text geht es um einen besonderen Bericht. Also um einen Text, der Infos über ein bestimmtes Thema liefert.

In diesem Fall geht es dabei um die Wirtschaft von Deutschland im Jahr 2021.

Der Bericht hat deswegen den Namen: Jahres-Wirtschafts-Bericht 2021.

Dieser Bericht wurde letzte Woche veröffentlicht.

Im folgenden Text werden zum Beispiel die folgenden Fragen beantwortet:

- Was genau ist mit dem Wort „Wirtschaft“ gemeint?
- Was ist der Jahres-Wirtschafts-Bericht?
- Was steht im Jahres-Wirtschafts-Bericht für das Jahr 2021?

### Was bedeutet der Begriff „Wirtschaft“?

Das Wort „Wirtschaft“ ist ein Fach-Begriff.

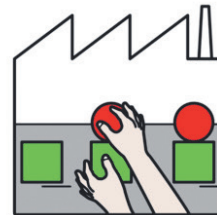
Damit meint man alles, was mit der Herstellung und dem Verkauf von Waren zu tun hat.

Zur Wirtschaft gehören also sehr viele Dinge.

Zum Beispiel wie viele Firmen es in einem Land gibt. Und wie erfolgreich sie sind.

Wie viele Arbeits-Plätze es in einem Land gibt.

Wie viel Geld die Menschen in einem Land verdienen.



Wenn man über die Wirtschaft spricht, muss man außerdem noch mehr Dinge beachten. Und zwar alle Dinge, die Firmen für ihre Arbeit brauchen.

Das können zum Beispiel die Straßen sein, auf denen Firmen ihre Waren ausliefern.





Das können auch Gebäude in Städten sein, die nötig sind, damit dort Geschäfte eröffnen können.

Oder das ist das Internet, das heute viele Firmen und Arbeit-Nehmer für ihre Arbeit brauchen.

Die Wirtschaft ist also ein sehr großes Thema.

Zu ihr gehören viele verschiedene Dinge.

Alle Menschen in einem Land haben mit der Wirtschaft zu tun.

Zum Beispiel, wenn sie an ihrem Arbeits-Platz Waren herstellen.

Wenn sie durch ihre Arbeit Geld verdienen.

Wenn sie dann das Geld ausgeben, um sich Waren zu kaufen.

Die Wirtschaft ist deswegen unheimlich wichtig dafür, wie gut es den Menschen in einem Land geht.

Je besser es der Wirtschaft geht, desto besser geht es meist auch den Menschen.

In einem Land mit guter Wirtschaft haben die Menschen genug Geld zum Leben.

Die meisten Menschen haben gute und sichere Arbeits-Plätze.

Alle Waren, die die Menschen haben möchten, stehen auch zur Verfügung.

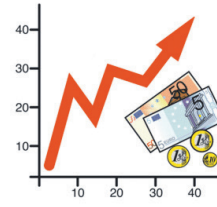
Auch für den Staat selbst ist eine gute Wirtschaft wichtig.

Denn der Staat bekommt ein Teil vom Geld, das Firmen und Arbeit-Nehmer verdienen.

Das nennt man Steuern.

Mit diesen Steuer-Geldern kann er dann seine Aufgaben erledigen.

Er kann zum Beispiel Straßen bauen oder Schule betreiben.



## Starke Wirtschaft

Ein besonders wichtiges Ziel für Deutschland lautet deswegen:

Der Wirtschaft soll es gut gehen.

Firmen sollen ihre Waren herstellen und verkaufen können.

Menschen sollen gute Arbeit haben und genug Geld verdienen.

Aus diesem Grund gehört es zu den Aufgaben der Politik, die Wirtschaft zu unterstützen.

Sie muss den Firmen die Möglichkeit bieten, ihre Arbeit zu machen.

Gleichzeitig muss sie aber auch die Arbeit-Nehmer und die Umwelt schützen.

Die Wirtschaft ist deswegen ein wichtiges Thema in der Politik.

Es wird viel darüber gesprochen.

Und es ist wichtig, gute Infos über die Wirtschaft in Deutschland zu haben.

Denn nur dann kann man entscheiden, was man für die Wirtschaft tun will.

## Der Jahres-Wirtschafts-Bericht

Ein wichtiger Text für die Wirtschafts-Politik in Deutschland heißt: Jahres-Wirtschafts-Bericht.

Der Bericht wird von der Bundes-Regierung geschrieben.

Die Bundes-Regierung sind die Politiker, die Deutschland leiten.

Sie haben also einen sehr großen Einfluss darauf, welche Politik in Deutschland gemacht wird.

Das bedeutet, die Bundes-Regierung kann auch viele Dinge entscheiden, die die Wirtschaft betreffen.

Darum muss die Bundes-Regierung einmal im Jahr den Bericht schreiben.

So steht es in einem Gesetz.



## Was genau steht im Bericht?



Im Bericht stehen verschiedene Dinge.

Zum einen beschreibt die Bundes-Regierung, wie es der Wirtschaft in Deutschland im Moment geht.

Und sie beschreibt, was die Wirtschaft in Deutschland im nächsten Jahr erwartet.

Zum Beispiel, welche Herausforderungen es gibt.

Und was gut laufen wird und was nicht so gut laufen wird.

Im Bericht beschreibt die Bundes-Regierung, welche Ziele und Pläne sie im laufenden Jahr für die Wirtschaft hat.

Sie beschreibt dann einen bestimmten Bereich in der Wirtschaft und dann erklärt sie, wie sie ihn verbessern will.

Dabei gibt es dann Pläne und Ziele in ganz unterschiedlichen Bereichen.

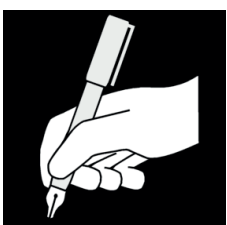
Die Bundes-Regierung kann zum Beispiel sagen, wie sie Firmen bei ihrer Arbeit unterstützen will.

Sie kann sagen, wie sie für mehr Arbeits-Plätze sorgen will.

Die Regierung sagt auch, wie viel Geld sie für bestimmte Dinge ausgeben will.

Und sie kann noch viele andere Dinge beschreiben.

## Antwort auf den Sachverständigen-Rat



Für den Jahres-Wirtschafts-Bericht ist auch noch ein anderer Text wichtig.

Diese Text stammt von einer Experten-Gruppe.



Und zwar vom deutschen Sachverständigen-Rat für Wirtschaft.

In dieser Experten-Gruppe sitzen immer 5 Mitglieder.

Alle Mitglieder sind Uni-Professoren.

Sie sind Experten für das Thema Wirtschaft.

Ihre Aufgabe ist es, die Politiker beim Thema Wirtschaft zu beraten.

Dafür schreiben sie einmal im Jahr einen Bericht.

Darin beschreiben sie, wie es der Wirtschaft in Deutschland im Moment geht.

Und sie beschreiben, wie sich die Wirtschaft wahrscheinlich entwickeln wird.

Außerdem beschreiben die Experten, was in der Wirtschaft nicht gut läuft.

Und sie zeigen auch, wie man diese Probleme lösen kann.

Sie machen aber keine genauen Vorschläge, was die Regierung tun soll.

## Wie gehören der Bericht vom Sachverständigen-Rat und der Jahres-Wirtschafts-Bericht zusammen?

Der Bericht vom Sachverständigen-Rat kommt immer im November heraus.

Also etwa zwei Monate vor dem Jahres-Wirtschafts-Bericht.

Die Regierung hat die Pflicht, die Infos vom Sachverständigen-Rat in ihrem Bericht aufzunehmen.

Die Infos des Sachverständigen-Rats für Wirtschaft hat also großen Einfluss auf den Jahres-Wirtschafts-Bericht.





## Für wen ist der Jahres-Wirtschafts-Bericht?

Der Jahres-Wirtschafts-Bericht ist vor allem für den Bundestag und für den Bundesrat gedacht.

Der Bundestag ist eine Gruppe von Politikern.

Sie wurden von den Menschen in Deutschland gewählt, um sie zu vertreten.

Auch der Bundesrat ist eine Gruppe von Politikern.

Und zwar Politiker aus den einzelnen Bundesländern.

Mit dem Jahres-Wirtschafts-Bericht gibt die Bundes-Regierung diesen beiden Politiker-Gruppen wichtige Infos über ihre Arbeit.

Außerdem kann man den Bericht auch im Internet lesen.

Das bedeutet, dass der Bericht auch für alle Menschen in Deutschland gedacht ist.

Der Jahres-Wirtschafts-Bericht hat also folgendes Ziel:

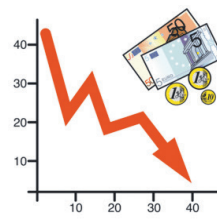
Wichtige Politiker in Deutschland und alle Bürger sollen erfahren, welche Dinge die Bundes-Regierung im laufenden Jahr für die Wirtschaft tun will.

## Jahres-Wirtschafts-Bericht 2021



Der Jahres-Wirtschafts-Bericht für das Jahr 2021 wurde letzte Woche vorgestellt.

Das wichtigste Thema in diesem Bericht war folgende Frage:  
Welche Auswirkungen hat die Corona-Krise auf die deutsche Wirtschaft?



Im Bericht steht:

Im letzten Jahr ging es der deutschen Wirtschaft sehr schlecht. Der Grund dafür war Corona.

Viele Firmen konnten durch die Schließungen nicht gut arbeiten. Darum haben sie weniger Geld verdient.

In diesem Jahr wird es der Wirtschaft wieder etwas besser gehen.

Aber: Die Wirtschaft erholt sich nicht so schnell von der Corona-Krise, wie die Bundes-Regierung bisher gehofft hatte.

## Kurz zusammengefasst



Jedes Jahr schreibt die Bundes-Regierung einen Jahres-Wirtschafts-Bericht.

Darin steht, wie es der Wirtschaft in Deutschland geht.

Und die Bundes-Regierung erklärt ihre Ziele und Pläne für die Wirtschaft im laufenden Jahr.

Der Bericht für dieses Jahr wurde letzte Woche veröffentlicht.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichtenwerk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © / Rupert Oberhäuser. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukve.nl](http://www.ukpukve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 5-6/2020  
Die nächste Ausgabe erscheint am 15. Februar 2021.